E POST

Gültig bis 31.12.2026

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzhinweise der Deutsche Post AG für Geschäftskunden

I. Allgemeine Geschäftsbedingungen hybride Kommunikation für Geschäftskunden

II. Allgemeine Geschäftsbedingungen digitale Kommunikation für Geschäftskunden

III. Datenschutzhinweise für die Nutzung der digitalen und hybriden Dienste (Geschäftskunden)

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzhinweise der Deutsche Post AG für Geschäftskunden

I. Allgemeine Geschäftsbedingungen hybride Kommunikation für Geschäftskunden

1. Vertragspartner

(1) Vertragspartner in Bezug auf hybride Dienste sind die Deutsche Post E-POST Solutions GmbH („DP EPS“) und der Geschäftskunde als Unternehmer im Sinne von § 14 BGB.

(2) Vertragspartner in Bezug auf Beförderung von Briefsendungen mit Zusatzleistungen gemäß den „Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Deutschen Post AG BRIEF NATIONAL (AGB BRIEF NATIONAL)“ („Zusatzleistungen“) und in Bezug auf die Beförderung von Sendungen ins Ausland gemäß den „Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Deutschen Post AG BRIEF INTERNATIONAL (AGB BRIEF INTERNATIONAL)“ sind dagegen die Deutsche Post AG („Deutsche Post“) und der Geschäftskunde als Unternehmer im Sinne von § 14 BGB.

(3) Unternehmer im Sinne des § 14 BGB sind natürliche oder juristische Personen oder rechtsfähige Personengesellschaften, die bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handeln. Unter den Begriff Unternehmer fallen des Weiteren juristische Personen des öffentlichen Rechts, auch wenn sie ihre Leistungen ausschließlich auf öffentlich-rechtlicher Grundlage erbringen.

2. Vertragsgegenstand

(1) Die DP EPS bietet über das E-POST System auf der Grundlage der vorliegenden „AGB hybride Kommunikation“ verschiedene Kommunikationsdienste im Bereich des Output- und Dokumentenmanagements, z. B. hybrider „E-POST Brief mit klassischer Zustellung“ sowie elektronische Datenverarbeitung, Druckdienste, Kuvertierleistungen, Fulfillment und Zustellung mit Ausnahme der Leistungen nach Absatz (3) („hybride Dienste“) an.

(2) Die Beförderung und Zustellung der durch die DP EPS hergestellten Briefe erfolgt durch die Deutsche Post oder ein mit ihr verbundenes Unternehmen im Auftrag der DP EPS, soweit es sich nicht um Briefsendungen mit Zusatzleistungen, Postzustellungsaufträge und Briefsendungen ins Ausland handelt. Hierfür finden die „Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Deutschen Post AG BRIEF NATIONAL (AGB BRIEF NATIONAL)“ Anwendung. Diese können bei allen Filialen und Agenturen eingesehen werden und stehen unter http://www.deutschepost.de zum Abruf bereit.

(3) Die Beförderung und Zustellung der Briefsendungen mit Zusatzleistungen sowie die Zusatzleistung selbst, die Beförderung und Zustellung von Postzustellungsaufträgen und elektronischen Postzustellungsaufträgen oder die Beförderung und Zustellung der durch die DP EPS hergestellten Briefe ins Ausland werden dagegen unmittelbar durch die Deutsche Post auf der Grundlage der „Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Deutschen Post AG BRIEF NATIONAL (AGB BRIEF NATIONAL)“ bzw. der „Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Deutschen Post AG BRIEF INTERNATIONAL (AGB BRIEF INTERNATIONAL)“ erbracht.

(4) Nähere Regelungen zum Vertragsgegenstand ergeben sich aus den entsprechenden Leistungsbeschreibungen unter https://www.deutschepost.de/epost/geschaeftskunden/download.

3. Anbindung und Registrierung

(1) Um die hybriden Dienste nutzen zu können, sind die Anbindung an das E-POST System gemäß den Bedingungen der jeweils gewählten Anbindungsvariante (z. B. E-POSTBUSINESS API, E-POST MAILER, E-POSTBUSINESS BOX, docuguide) und die Registrierung erforderlich.

(2) Mit der Registrierung wird für den Geschäftskunden ein E-POST Zugang gemäß der Leistungsbeschreibung der jeweiligen Anbindungsvariante erstellt. Mit der erfolgreichen Überprüfung der Identität des Geschäftskunden wird der E-POST Zugang freigeschaltet.

4. Zustandekommen des Vertrages

(1) Der Vertrag über die Anbindung an das und Nutzung des E-POST Systems kommt entweder mit Unterzeichnung durch alle Vertragsparteien zustande, oder der Geschäftskunde nutzt das Online-Registrierungsformular, mit dem der Geschäftskunde ein Angebot zum Abschluss des Vertrages über die Anbindung an das und Nutzung des E-POST Systems abgibt. Wird dieses Angebot angenommen, wird dem Geschäftskunden – nach erfolgreicher Überprüfung seiner Identität – in der Regel innerhalb von drei Arbeitstagen ein Bestätigungsschreiben an seine E-Mail-Adresse zugestellt. Die hybriden Dienste können dann unmittelbar danach in Anspruch genommen werden, vorbehaltlich einer etwaigen erforderlichen technischen Anbindung.

(2) Die DP EPS ist berechtigt vom Vertrag zurückzutreten, sofern ein wichtiger Grund vorliegt, von dem sie erst nach Vertragsschluss Kenntnis erlangt hat. Als wichtiger Grund gilt insbesondere ein Verstoß gegen die Pflichten und Obliegenheiten des Geschäftskunden gemäß Ziffer 6 (6) und Ziffer 7 (3).

(3) Die Erteilung jedes Auftrags im Einzelfall umfasst die Erbringung sämtlicher Bestandteile der hybriden Dienste bzw. der Zusatzleistungen oder der Beförderung ins Ausland.

5. Entgelte und Abrechnung

(1) Die zu entrichtenden Entgelte ergeben sich aus den jeweiligen aktuellen Preislisten auf der Internetseite https://www.deutschepost.de/epost/geschaeftskunden/download, soweit nicht in einem gesondert abgeschlossenen Vertrag etwas anderes vereinbart ist.

(2) Die Zahlungspflicht entsteht grundsätzlich auch bei befugter oder unbefugter Nutzung der hybriden Dienste durch Dritte. Die DP EPS ergreift allerdings unverzüglich geeignete Gegenmaßnahmen, sobald sie vom Geschäftskunden über eine bevorstehende unbefugte Nutzung informiert wird (vgl. Ziffer 7 Abs. (4)). Eine Zahlungspflicht für Entgelte, die trotz einer solchen Information an die DP EPS entstehen, besteht nicht.

(3) Alle vom Geschäftskunden geschuldeten Entgelte sind in Euro zur Zahlung fällig.

(4) Die Entgelte werden mit Zugang der Rechnung fällig und sind auf dem in der Rechnung genannten Konto zu begleichen. Die Rechnungsstellung er-

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzhinweise der Deutsche Post AG für Geschäftskunden

folgt monatlich durch DP EPS. Hinsichtlich der Zusatzleistungen und der Beförderungsleistung ins Ausland erfolgt die Rechnungsstellung im Namen und im Auftrag der Deutsche Post.

(5) Einwendungen gegen die Höhe der in Rechnung gestellten Vergütung können nur schriftlich erhoben werden. Die Einwendungen sind bei der auf der Rechnung angegebenen Stelle zu erheben. Dies muss innerhalb von acht Wochen nach Rechnungszugang geschehen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung der Einwendungen. Die Unterlassung einer rechtzeitigen Einwendung gilt als Genehmigung. Soweit der Geschäftskunde nur hinsichtlich einzelner Rechnungspositionen Einwendungen erhoben hat, bleibt die Fälligkeit für nicht beanstandete Rechnungspositionen unberührt. Mängelansprüche des Geschäftskunden bleiben hiervon unberührt.

(6) Fremdgebühren für durch den Geschäftskunden zu vertretende Rücklastschriften sind vom Geschäftskunden zu tragen.

(7) Gerät der Geschäftskunde mit der Entgeltzahlung in Verzug, gelten die gesetzlichen Regelungen. Überdies kann die DP EPS die Leistungen gegenüber dem Geschäftskunden einstellen, was den Geschäftskunden nicht von der Verpflichtung zur Zahlung der angefallenen Entgelte entbindet.

6. Pflichten und Obliegenheiten des Geschäftskunden

(1) Der Geschäftskunde hat sämtliche für die Registrierung erforderlichen Daten („Stammdaten“) vollständig und wahrheitsgemäß anzugeben und die in der jeweiligen Leistungsbeschreibung geforderten Nachweise zu erbringen. Änderungen der hinterlegten Stammdaten sind unverzüglich anzuzeigen und im System zu hinterlegen. Sämtliche im System hinterlegte Stammdaten gelten gegenüber der DP EPS als zutreffend und richtig.

(2) Der Geschäftskunde ist für die Einrichtung seines Nutzerkontos sowie dessen Administration, insbesondere für die Zulassung und Einrichtung der der für sein Nutzerkonto berechtigten Nutzer, selbst verantwortlich. Es liegt im Verantwortungsbereich des Geschäftskunden zu prüfen, inwiefern die hybriden Dienste geeignet sind, etwaige angestrebte Rechtswirkungen im Verhältnis zwischen ihm und den von ihm adressierten Personen herbeizuführen, insbesondere auch inwiefern und wie, insbesondere unter Beachtung des Hinweises nach Ziffer 9., es zulässig ist, die angebotenen hybriden Dienste in diesem Verhältnis zu nutzen. Die DP EPS leistet diesbezüglich keine Rechtsberatung.

(3) Es liegt im Verantwortungsbereich des Geschäftskunden zu prüfen, ob zur Herstellung der hybriden Dienste der Abschluss einer gesonderten Auftragsverarbeitungsvereinbarung gemäß Art. 28 der DS-GVO mit der DP EPS und/oder der Deutschen Post erforderlich ist.

(4) Der Geschäftskunde bzw. ihm zurechenbare Dritte sind verpflichtet, geeignete Maßnahmen zum Schutz der von ihm zur Nutzung des E-POST Systems eingesetzten Hard- und Software (Kundensystem) zu ergreifen, um die Sicherheit und Integrität der hybriden Dienste zu gewährleisten. Insbesondere ist es dem Geschäftskunden und ihm zurechenbaren Dritten untersagt:

- Funktionen oder Sicherheitskontrollen der hybriden Dienste zu stören, ändern oder deaktivieren;
- Schutzmechanismen für die hybriden Dienste zu entfernen, deaktivieren oder anderweitig zu umgehen;
- wissentlich Viren, Trojaner, Würmer, logische Bomben oder andere technologisch schädliche oder bösartige Materialien einzusetzen oder (verteilte) Denial-of-Service-Angriffe oder andere Hackerangriffe durchzuführen;
- illegal Benutzerdaten wie Benutzernamen, Passwörter, Kreditkarteninformationen zu beschaffen (z.B. im Rahmen von Phishing oder (sozialem) Pharming), zu verwenden oder bereitzustellen;
- die hybriden Dienste so in seine Systeme zu integrieren oder zu betreiben, das Dritte oder automatisierte Systeme/Software direkt oder indirekt ungesicherten oder unbefugten Zugriff auf die hybriden Dienste und/oder die IT-Systeme des Deutsche Post-Konzerns haben können. Insbesondere hat der Geschäftskunde alle erforderlichen technischen und (IT-)Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass Dritte oder automatisierte Systeme und/oder Software auf die hybriden Dienste zugreifen, Inhalte daraus herunterladen, abrufen und/oder zur Verfügung stellen können.

(5) Der Geschäftskunde hat dafür Sorge zu tragen, dass etwaige, für die Nutzung von E-POST erforderliche Zugangsdaten (z. B. Anmeldename, Passwort) gegen die unbefugte Verwendung durch Dritte geschützt sind. Insbesondere hat er sein Passwort geheim zu halten.

Er wird insbesondere dafür sorgen, dass die hybriden Dienste nicht im Namen und im Auftrag anderer nicht registrierter natürlicher oder juristischer Personen genutzt werden. Der Geschäftskunde wird der DP EPS unverzüglich mitteilen, wenn er den Verdacht einer unbefugten Nutzung seines Nutzerkontos hat.

(6) Der Geschäftskunde hat dafür Sorge zu tragen, dass durch die Inanspruchnahme der hybriden Dienste keinerlei Beeinträchtigungen für die DP EPS, für ein mit ihr konzernweit verbundenes Unternehmen oder für sonstige Dritte entstehen. Diese hybriden Dienste dürfen vom Geschäftskunden daher nicht für rechtswidrige Zwecke und/oder missbräuchlich verwendet werden, insbesondere dürfen keine rechts- oder sittenwidrigen Inhalte im System eingestellt werden, und es darf nicht auf solche Inhalte hingewiesen werden. Dazu zählen vor allem Inhalte, die im Sinne der §§ 130, 130a und 131 StGB der Volksverhetzung dienen, zu Straftaten anleiten oder Gewalt verherrlichen oder verharmlosen, sexuell anstößig sind, im Sinne der §§ 184 ff. StGB pornografisch sind, geeignet sind, Kinder oder Jugendliche sittlich schwer zu gefährden oder in ihrem Wohl zu beeinträchtigen, oder das Ansehen der DP EPS bzw. eines mit ihr konzernweit verbundenen Unternehmens schädigen können.

(7) Der Geschäftskunde stellt die DP EPS und ihre Erfüllungsgehilfen von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die infolge einer schuldhaften Verletzung der in diesen AGB aufgeführten Pflichten und/oder infolge anderer schuldhafter schädigender Handlungen des Geschäftskunden oder eines ihm zurechenbaren Dritten gegen die DP EPS geltend gemacht werden. Überdies leistet der Geschäftskunde Ersatz für darüber hinausgehende Schäden einschließlich der Kosten für eine eventuell erforderliche Rechtsverfolgung und -verteidigung. Diese Verpflichtung besteht auch bei einem Missbrauch des E-POST Zugangs des Geschäftskunden durch Dritte, soweit den Geschäftskunden dafür ein Verschulden trifft. Die DP EPS wird den Geschäftskunden rechtzeitig über etwaig geltend gemachte Ansprüche Dritter informieren.

(8) Der Geschäftskunde ist verpflichtet, bei seinen Briefsendungen die in Ziffer 2. des „Leitfaden Automationsfähige Briefsendungen“ (abrufbar unter https://www.deutschepost.de/epost/geschaeftskunden/downloads) enthaltenen Vorgaben einzuhalten. Bei nationalen Briefsendungen ist eine vollständige, für die postalische Zustellung nutzbare inländische Anschrift (in Deutschland) für den Empfänger im sichtbaren Bereich des Adressfensters anzugeben, die weder eine Länderangabe noch Länderkennzeichen oder so genannte ISO-Codes enthalten darf.

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzhinweise der Deutsche Post AG für Geschäftskunden

(9) Der Geschäftskunde ist verpflichtet, eine vollständige, für die postalische Zustellung nutzbare inländische Anschrift (in Deutschland) für den Absender im sichtbaren Bereich des Adressfensters anzugeben. Die Adressangabe hat einzeilig zu sein und die einschlägigen, der jeweiligen Briefschablone (verfügbar unter https://www.deutschepost.de/epost/geschaeftskunden/downloads) zu entnehmenden Vorgaben bzgl. Position und Format zu erfüllen.

7. Rechte und Pflichten der DP EPS

(1) Die DP EPS stellt die hybriden Dienste entsprechend der jeweiligen Leistungsbeschreibung zur Verfügung.

(2) Bei einem schuldhaften Verstoß gegen gesetzliche Vorschriften oder diese AGB durch den Geschäftskunden oder einen ihm zurechenbaren Dritten ist die DP EPS berechtigt, die hybriden Dienste vorübergehend ganz oder teilweise einzustellen oder die Leistung für einzelne Sendungen zu verweigern. Das Recht auf fristlose Kündigung gemäß Ziffer 10 Abs. (3) bleibt hiervon unberührt.

(3) Die DP EPS ist nicht verpflichtet, die ihr zur Herstellung der jeweiligen hybriden Dienste zur Verfügung gestellten Inhalte (Texte, Motive, Grafiken, Logos etc.) auf ihre rechtliche, insbesondere strafrechtliche, wettbewerbs-, marken-, urheber- oder namensrechtliche Zulässigkeit hin zu überprüfen. Der Geschäftskunde bestätigt vielmehr mit seinem Vertragsangebot, dass er über sämtliche für die Nutzung und Verbreitung der Inhalte erforderlichen Urheber-, Nutzungs- und sonstigen Rechte verfügt sowie nicht gegen gesetzliche Vorschriften verstößt. Er weist die Rechte auf Anforderung durch entsprechende Dokumente und Erklärungen gegenüber der DP EPS im Bedarfsfalle nach.

(4) Die DP EPS ist ferner berechtigt, unverzüglich geeignete Gegenmaßnahmen (z. B. die Sperrung des E-POST Zugangs, Aussetzung der vertraglich vereinbarten Leistungen) zu ergreifen, sobald sie vom Geschäftskunden über einen Verdacht der unbefugten Nutzung informiert wurde.

(5) Es bleibt der DP EPS vorbehalten, sämtliche nach diesen Verträgen zu erbringenden Leistungen, soweit gesetzlich zulässig, ganz oder teilweise durch Dritte durchführen zu lassen.

(6) Verweigert die Deutsche Post die Annahme einer Sendung wegen eines Verstoßes gegen die AGB Brief National oder AGB Brief International, wird DP EPS den Geschäftskunden hierüber informieren und die Rücknahme der Sendung im Wege der Abholung anbieten. Nimmt der Geschäftskunde die Sendung nicht innerhalb angemessener Frist zurück, ist die DP EPS zu deren Vernichtung nach den gesetzlichen Vorschriften berechtigt. Die DP EPS darf Sendungen nach den gesetzlichen Vorschriften sofort vernichten, wenn der Geschäftskunde die Rücknahme der Sendung verweigert. Jede Sendung, deren Annahme die DPAG gemäß Satz 1 dieses Absatzes verweigert, auch eine vernichtete Sendung, wird dem Geschäftskunden vollständig berechnet.

8. Haftung

(1) Schadensersatzansprüche des Geschäftskunden in Bezug auf die von der DP EPS erbrachten Leistungen, gleich aus welchem Rechtsgrund, sind ausgeschlossen, es sei denn, die Schadensursache beruht auf einer grob fahrlässigen oder vorsätzlichen Pflichtverletzung oder auf einer zumindest fahrlässigen Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten). Kardinalpflichten sind solche Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertrauen darf, und/oder Pflichten, deren Verletzung die Erreichung des Vertragszwecks gefährdet; im letzteren Fall ist die Haftung der Höhe nach auf den typischerweise vorhersehbaren Schaden begrenzt. Die vorstehende Haftungsbegrenzung gilt nicht für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, bei einer Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz oder soweit die DP EPS ausnahmsweise eine Garantie übernommen hat.

(2) Die DP EPS haftet keinesfalls für Schäden infolge von Leistungsausfällen und Leistungsverzögerungen aufgrund unvorhersehbarer, von der DP EPS, ihren gesetzlichen Vertretern oder ihren Erfüllungsgehilfen nicht zu vertretender Ereignisse (höhere Gewalt). Als Ereignisse höherer Gewalt gelten insbesondere Krieg, Unruhen, Naturgewalten, Feuer, Sabotageangriffe durch Dritte (z. B. mit Computerviren), Stromausfälle, behördliche Anordnungen, rechtmäßige unternehmensinterne Arbeitskampfmaßnahmen und der Ausfall oder eine Leistungsbeschränkung von Kommunikationsnetzen und Gateways anderer Betreiber.

(3) Für die durch die Deutsche Post erbrachten Leistungen gelten die Haftungsregeln der „AGB BRIEF NATIONAL“ sowie der „AGB BRIEF INTERNATIONAL“.

9. Wichtiger Hinweis für die Nutzung der hybriden Dienste

(1) Ist der Geschäftskunde ein Berufsgeheimnisträger im Sinne des § 203 StGB und möchte mittels der hybriden Dienste vertrauliche Informationen seiner Vertragspartner, Kunden, Klienten, Patienten etc. (Geheimnisträger) übermitteln, weisen wir darauf hin, dass er die Vorgaben des § 203 StGB zu beachten hat. Ebenso hat der Geschäftskunde die Vorgaben des Art. 9 DSGVO zu beachten. Im Hinblick auf eine Verschlüsselung der Daten, verfügen die hybriden Dienste über eine Transportverschlüsselung, und nicht über eine Ende-zu-Ende Verschlüsselung.

(2) Der Geschäftskunde hat, sofern dies für ihn im Hinblick auf seine Geschäftsaktivitäten relevant ist (z.B. bei einer Konsolidierungstätigkeit im Sinne des PostG), bei der Bundesnetzagentur die entsprechende Lizenz für lizenzpflichtige Postdienstleistungen einzuholen und der DP EPS auf Anfrage vorzulegen.

10. Vertragslaufzeit und Kündigungsmöglichkeiten

(1) Der Vertrag über die Anbindung an das und die Nutzung des E-POST-Systems wird auf unbestimmte Zeit geschlossen, soweit in einem gesondert abgeschlossenen Vertrag nichts anderes vereinbart wurde.

(2) Jede Partei ist berechtigt, den Vertrag mit einer Frist von einem Monat zum Ablauf eines jeden Kalendermonats ganz oder teilweise ordentlich zu kündigen. Soweit in einem gesondert abgeschlossenen Vertrag etwas anderes vereinbart wurde, gelten die vorgenannten Kündigungsfristen nachrangig. Die Kündigung von Aufträgen über einzelne Leistungen der jeweiligen Parteien ist ausgeschlossen.

(3) Das Recht der Parteien, den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen, bleibt unberührt. Jede Partei ist – neben den gesetzlichen Bestimmungen – berechtigt die Verträge fristlos zu kündigen, wenn

- die andere Partei den wesentlichen Bestimmungen des Vertrages zuwiderhandelt und nach schriftlicher Abmahnung eine Änderung nicht eintritt;
- über das Vermögen der anderen Partei ein Insolvenzverfahren eröffnet oder ein entsprechender Eröffnungsantrag mangels Masse abgewiesen wird.

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzhinweise der Deutsche Post AG für Geschäftskunden

(4) Die Kündigung hat in Textform zu erfolgen. Das Kündigungsschreiben ist zu senden an:
Deutsche Post AG
Kundenservice
53247 Bonn
oder
E-Mail-Adresse: e-post@deutschepost.de

11. Schlussbestimmungen

(1) Die DP EPS ist berechtigt, Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag sowie diesen Vertrag insgesamt nach schriftlicher Mitteilung gegenüber dem Geschäftskunden auf mit der DP EPS verbundene Unternehmen zu übertragen.

(2) Änderungen dieser AGB, der Leistungsbeschreibungen oder Entgelte werden dem Geschäftskunden durch die DP EPS in geeigneter Weise mitgeteilt. Soweit nicht ein Widerspruch des Geschäftskunden schriftlich an die unter Ziffer 10 Abs. (4) genannte postalische Adresse innerhalb von vier Wochen nach Zugang bei der DP EPS eingeht, gelten diese Änderungen als akzeptiert. Auf diese Folge wird die DP EPS den Geschäftskunden bei Mitteilung der Änderungen besonders hinweisen.

(3) Eine etwaige Ungültigkeit einer Bestimmung dieser AGB berührt nicht die Gültigkeit der übrigen Regelungen dieser AGB. Ungültige Bestimmungen sind durch solche zu ersetzen, die der beabsichtigten wirtschaftlichen Bedeutung der ungültigen Bestimmung am nächsten kommen. Gleiches gilt bei Auftreten eventueller ausfüllungsbedürftiger Lücken.

(4) Für gerichtliche Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit der Nutzung der hybriden Dienste oder aus diesen AGB sind die Gerichte in Bonn ausschließlich zuständig.

(5) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Das Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über den internationalen Warenkauf („CISG“) gilt jedoch nicht.

Stand: 15.10.2024

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzhinweise der Deutsche Post AG für Geschäftskunden

II. Allgemeine Geschäftsbedingungen digitale Kommunikation für Geschäftskunden

1. Vertragspartner

(1) Vertragspartner des Vertrages über die digitalen Dienste sind die Deutsche Post AG („Deutsche Post“) und der Geschäftskunde als Unternehmer im Sinne des § 14 BGB.

(2) Unternehmer im Sinne des § 14 BGB sind natürliche oder juristische Personen oder rechtsfähige Personengesellschaften, die bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handeln. Unter den Begriff Unternehmer fallen des Weiteren juristische Personen des öffentlichen Rechts, auch wenn sie ihre Leistungen ausschließlich auf öffentlich-rechtlicher Grundlage erbringen.

2. Vertragsgegenstand

(1) Die Deutsche Post bietet verschiedene digitale Kommunikationsdienste („digitale Dienste“), z. B. den Versand von E-Mails und E-Rechnungen, an. Die vorliegenden „AGB für die digitale Kommunikation“ regeln das Vertragsverhältnis zwischen der Deutschen Post und dem Geschäftskunden in Bezug auf die digitalen Dienste.

(2) Zur genauen Beschreibung und zum Umfang der digitalen Dienste wird auf die jeweiligen gesonderten Leistungsbeschreibungen unter https://www.deutschepost.de/epost/geschaeftskunden/download verwiesen.

3. Anbindung, Registrierung und Identifizierung

(1) Um die digitalen Dienste nutzen zu können, sind die Anbindung an das E-POST System gemäß den Bedingungen der jeweils gewählten Anbindungsvariante und die Registrierung erforderlich.

(2) Mit der Registrierung wird für den Geschäftskunden ein E-POST Zugang gemäß der Leistungsbeschreibung der jeweiligen Anbindungsvariante erstellt. Mit der erfolgreichen Überprüfung der Identität des Geschäftskunden wird der E-POST Zugang freigeschaltet.

4. Zustandekommen des Vertrages

(1) Der Vertrag kommt, abhängig vom gewählten Dienst, entweder mit Unterzeichnung durch alle Vertragsparteien zustande, oder der Geschäftskunde nutzt das Online-Registrierungsformular und gibt durch das Absenden des ausgefüllten Online-Registrierungsformulars ein Angebot zum Abschluss des Vertrages ab. Nimmt die Deutsche Post dieses Angebot an, wird dem Geschäftskunden – nach erfolgreicher Überprüfung seiner Identität – in der Regel innerhalb von drei Arbeitstagen ein Begrüßungsschreiben an seine E-Mail-Adresse zugestellt. Der Vertrag ist damit zustande gekommen, und die digitalen Dienste können in Anspruch genommen werden.

(2) Die Deutsche Post ist berechtigt vom Vertrag zurückzutreten, sofern ein wichtiger Grund vorliegt, von dem sie erst nach Vertragsschluss Kenntnis erlangt hat. Als wichtiger Grund gelten insbesondere ein Verstoß gegen gesetzliche Vorschriften im Sinne von Ziffer 7 (3) dieser AGB und ein Verstoß gegen die Pflichten und Obliegenheiten des Geschäftskunden gemäß Ziffer 6 (6).

5. Entgelte und Abrechnung

(1) Die zu entrichtenden Entgelte ergeben sich aus den jeweiligen für den betreffenden digitalen Dienst gültigen Preislisten, soweit nicht in einem gesondert abgeschlossenen Vertrag etwas anderes vereinbart ist.

(2) Die Zahlungspflicht entsteht grundsätzlich auch bei befugter oder unbefugter Nutzung der digitalen Dienste durch Dritte. Die Deutsche Post ergreift allerdings unverzüglich geeignete Gegenmaßnahmen, sobald sie vom Geschäftskunden über eine bevorstehende unbefugte Nutzung informiert wird (vgl. Ziffer 6 Abs. (5)). Eine Zahlungspflicht für Entgelte, die trotz einer solchen Information der Deutschen Post entstehen, besteht nicht.

(3) Alle vom Geschäftskunden geschuldeten Entgelte sind in Euro zur Zahlung fällig.

(4) Die Entgelte werden mit Zugang der Rechnung fällig. Die Rechnungsstellung erfolgt monatlich durch die Deutsche Post E-POST Solutions GmbH („DP EPS“).

(5) Einwendungen gegen die Höhe der in Rechnung gestellten Vergütung können nur schriftlich erhoben werden. Die Einwendungen sind bei der auf der Rechnung angegebenen Stelle zu erheben. Dies muss innerhalb von acht Wochen nach Rechnungszugang geschehen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung der Einwendungen. Die Unterlassung einer rechtzeitigen Einwendung gilt als Genehmigung. Soweit der Geschäftskunde nur hinsichtlich einzelner Rechnungspositionen Einwendungen erhoben hat, bleibt die Fälligkeit für nicht beanstandete Rechnungspositionen unberührt. Mängelansprüche des Geschäftskunden bleiben hiervon unberührt.

(6) Fremdgebühren für durch den Geschäftskunden zu vertretende Rücklastschriften sind vom Geschäftskunden zu tragen.

(7) Gerät der Geschäftskunde mit der Entgeltzahlung in Verzug, gelten die gesetzlichen Regelungen. Überdies kann die Deutsche Post den Dienst für den Geschäftskunden sperren. Die Sperre entbindet den Geschäftskunden nicht von der Verpflichtung zur Zahlung der angefallenen Entgelte.

6. Pflichten und Obliegenheiten des Geschäftskunden

(1) Der Geschäftskunde hat sämtliche für die Registrierung erforderlichen Daten vollständig und wahrheitsgemäß anzugeben und die in der jeweiligen Leistungsbeschreibung geforderten Nachweise zu erbringen. Änderungen der hinterlegten Stammdaten sind unverzüglich anzuzeigen und im System zu hinterlegen.

(2) Der Geschäftskunde ist für die Einrichtung seines Nutzerkontos sowie dessen Administration, insbesondere für die Zulassung und Einrichtung der für sein Nutzerkonto berechtigten Nutzer, selbst verantwortlich. Es liegt im Verantwortungsbereich des Geschäftskunden zu prüfen, inwiefern die digitalen Dienste geeignet und zulässig sind, etwaige angestrebte Rechtswirkungen im Verhältnis zwischen ihm und den von ihm adressierten Personen herbeizuführen. Die Deutsche Post leistet diesbezüglich keine Rechtsberatung.

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzhinweise der Deutsche Post AG für Geschäftskunden

(3) Es liegt im Verantwortungsbereich des Geschäftskunden zu prüfen, ob zur Herstellung der digitalen Dienste der Abschluss einer gesonderten Auftragsverarbeitungsvereinbarung gemäß Art. 28 der DS-GVO mit der Deutschen Post erforderlich ist.

(4) Der Geschäftskunde bzw. ihm zurechenbare Dritte sind verpflichtet, geeignete Maßnahmen zum Schutz der von ihm zur Nutzung des E-POST Systems eingesetzten Hard- und Software (Kundensystem) zu ergreifen, um die Sicherheit und Integrität der digitale Dienste zu gewährleisten.

Insbesondere ist es dem Geschäftskunden und ihm zurechenbaren Dritten untersagt:

- Funktionen oder Sicherheitskontrollen der digitalen Dienste zu stören, ändern oder deaktivieren;
- Schutzmechanismen für die digitale Dienste zu entfernen, deaktivieren oder anderweitig zu umgehen;
- wissentlich Viren, Trojaner, Würmer, logische Bomben oder andere technologisch schädliche oder bösartige Materialien einzusetzen oder (verteilte) Denial-of-Service-Angriffe oder andere Hackerangriffe durchzuführen;
- illegal Benutzerdaten wie Benutzernamen, Passwörter, Kreditkarteninformationen zu beschaffen (z. B. im Rahmen von Phishing oder (sozialem) Pharming), zu verwenden oder bereitzustellen;
- die digitalen Dienste so in seine Systeme zu integrieren oder zu betreiben, dass Dritte oder automatisierte Systeme/Software direkt oder indirekt ungesicherten oder unbefugten Zugriff auf die digitalen Dienste und/oder die IT-Systeme des Deutsche Post-Konzerns haben können. Insbesondere hat der Geschäftskunde alle erforderlichen technischen und (IT-)Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass Dritte oder automatisierte Systeme und/oder Software auf die digitalen Dienste zugreifen, Inhalte daraus herunterladen, abrufen und/oder zur Verfügung stellen können.

(5) Der Geschäftskunde hat dafür Sorge zu tragen, dass etwaige für die Nutzung von E-POST erforderlichen Zugangsdaten (z. B. Anmeldename, Passwort) gegen die unbefugte Verwendung durch Dritte geschützt sind. Insbesondere hat er sein Passwort geheim zu halten. Er wird insbesondere dafür sorgen, dass die digitalen Dienste nicht im Namen und im Auftrag anderer nicht registrierter natürlicher oder juristischer Personen genutzt werden. Der Geschäftskunde wird der Deutschen Post unverzüglich mitteilen, wenn er den Verdacht einer unbefugten Nutzung seines Nutzerkontos hat.

(6) Der Geschäftskunde hat dafür Sorge zu tragen, dass durch die Inanspruchnahme der digitalen Dienste keinerlei Beeinträchtigungen für die Deutsche Post, für ein mit der Deutschen Post konzernweit verbundenes Unternehmen oder für sonstige Dritte entstehen. Die digitalen Dienste dürfen vom Geschäftskunden daher nicht für rechtswidrige Zwecke und/oder missbräuchlich verwendet werden, insbesondere:

- darf keine rechtswidrige Kontaktaufnahme erfolgen (Nachstellung, Stalking, § 238 Strafgesetzbuch („StGB“));
- dürfen keine rechts- oder sittenwidrigen Inhalte im System eingestellt werden und es darf nicht auf solche Inhalte hingewiesen werden. Dazu zählen vor allem Inhalte, die im Sinne der §§ 130, 130a und 131 StGB der Volksverhetzung dienen, zu Straftaten anleiten oder Gewalt verherrlichen oder verharmlosen, sexuell anstößig sind, im Sinne der §§ 184 ff. StGB pornografisch sind, geeignet sind, Kinder oder Jugendliche sittlich schwer zu gefährden oder in ihrem Wohl zu beeinträchtigen, oder das Ansehen der Deutschen Post schädigen können.

(7) Der Geschäftskunde stellt die Deutsche Post und ihre Erfüllungsgehilfen von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die infolge einer schuldhaften Verletzung der in diesen AGB aufgeführten Pflichten und/oder infolge anderer schuldhafter schädigender Handlungen des Geschäftskunden oder eines ihm zurechenbaren Dritten gegen die Deutsche Post geltend gemacht werden. Überdies leistet der Geschäftskunde Ersatz für darüber hinausgehende Schäden einschließlich der Kosten für eine eventuell erforderliche Rechtsverfolgung und -verteidigung. Diese Verpflichtung besteht auch bei einem Missbrauch des Geschäftskundenkontos durch Dritte, soweit den Geschäftskunden dafür ein Verschulden trifft. Die Deutsche Post wird den Geschäftskunden rechtzeitig über etwaig geltend gemachte Ansprüche Dritter informieren.

7. Rechte und Pflichten der Deutschen Post

(1) Die Deutsche Post stellt die digitalen Dienste entsprechend der jeweiligen Leistungsbeschreibung zur Verfügung.

(2) Bei einem schuldhaften Verstoß gegen gesetzliche Vorschriften oder diese AGB durch einen Geschäftskunden oder einen ihm zurechenbaren Dritten ist die Deutsche Post berechtigt, die digitalen Dienste vorübergehend ganz oder teilweise zu sperren. Das Recht auf fristlose Kündigung gemäß Ziffer 9 Abs. (3) bleibt hiervon unberührt.

(3) Die Deutsche Post trifft keine Pflicht zur Überprüfung der Inhalte und Äußerungen der Geschäftskunden im Rahmen der Nutzung der digitalen Dienste. Wird allerdings der Deutschen Post bekannt, dass hochgeladene, gespeicherte, zum Abruf bereitgehaltene und/oder übermittelte adressierte Nachrichten oder Daten gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen, insbesondere gegen Vorschriften des Urheberrechts, des Strafgesetzbuches und des Jugendschutzes, ist die Deutsche Post berechtigt, diese Daten und Inhalte unverzüglich zu löschen.

(4) Die Deutsche Post ist ferner berechtigt, unverzüglich geeignete Gegenmaßnahmen (z. B. die Sperrung des E-POST Zugangs des Geschäftskunden) zu ergreifen, sobald sie vom Geschäftskunden über einen Verdacht der unbefugten Nutzung informiert wird.

(5) Es bleibt der Deutschen Post vorbehalten, sämtliche nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen ganz oder teilweise durch Dritte durchführen zu lassen.

8. Haftung und Haftungsbeschränkungen der Deutschen Post

(1) Soweit durch die digitalen Dienste Telekommunikationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit im Sinne des Telekommunikationsgesetzes („TKG“) erbracht werden, haftet die Deutsche Post für Vermögensschäden maximal in Höhe der gesetzlichen Haftungsgrenze gemäß § 44a TKG.

(2) Werden keine Telekommunikationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit im Sinne des TKG erbracht, haftet die Deutsche Post bei Vorsatz, grober Fahrlässigkeit oder der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit für alle darauf zurückzuführenden Schäden unbeschränkt.

(3) Verletzt die Deutsche Post durch einfache Fahrlässigkeit eine vertragswesentliche Pflicht (Kardinalpflicht), die nicht im Zusammenhang mit der Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit im Sinne des TKG steht, ist die Haftung für darauf zurückzuführende Sach- und Vermögensschäden auf den vertragstypischen vorherseh-

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzhinweise der Deutsche Post AG für Geschäftskunden

baren Schaden begrenzt. Eine vertragswesentliche Pflicht ist eine solche, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht, deren Verletzung die Erreichung des Vertragszweckes gefährdet und auf deren Einhaltung der Nutzer regelmäßig vertrauen darf. Im Übrigen ist die Haftung der Deutschen Post bei einfacher Fahrlässigkeit ausgeschlossen.

(4) Die Deutsche Post haftet keinesfalls für Schäden infolge von Leistungsausfällen und Leistungsverzögerungen aufgrund unvorhersehbarer, von der Deutschen Post, ihren gesetzlichen Vertretern oder ihren Erfüllungsgehilfen nicht zu vertretender Ereignisse (höhere Gewalt). Als Ereignisse höherer Gewalt gelten insbesondere Krieg, Unruhen, Naturgewalten, Feuer, Sabotageangriffe durch Dritte (z. B. mit Computerviren), Stromausfälle, behördliche Anordnungen, rechtmäßige unternehmensinterne Arbeitskampfmaßnahmen und der Ausfall oder eine Leistungsbeschränkung von Kommunikationsnetzen und Gateways anderer Betreiber.

9. Vertragslaufzeit und Kündigungsmöglichkeiten

(1) Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen, soweit in einem gesondert abgeschlossenen Vertrag nichts anderes vereinbart wurde.

(2) Jede Partei ist berechtigt, den Vertrag mit einer Frist von einem Monat zum Ablauf eines jeden Kalendermonats ganz oder teilweise ordentlich zu kündigen. Soweit in einem gesondert abgeschlossenen Vertrag etwas anderes vereinbart wurde, gelten die vorgenannten Kündigungsfristen nachrangig. Die Kündigung von Aufträgen über einzelne Leistungen der jeweiligen Parteien ist ausgeschlossen.

(3) Das Recht beider Parteien, den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen, bleibt unberührt. Jede Partei ist – neben den gesetzlichen Bestimmungen – berechtigt den Vertrag fristlos zu kündigen, wenn
- die andere Partei den wesentlichen Bestimmungen des Vertrages zuwiderhandelt und nach schriftlicher Abmahnung eine Änderung nicht eintritt;
- über das Vermögen der anderen Partei ein Insolvenzverfahren eröffnet oder ein entsprechender Eröffnungsantrag mangels Masse abgewiesen wird.

(4) Die Kündigung hat in Textform zu erfolgen. Das Kündigungsschreiben ist zu senden an:
Deutsche Post AG
Kundenservice
53247 Bonn
oder
E-Mail-Adresse: e-post@deutschepost.de

10. Schlussbestimmungen

(1) Die Deutsche Post ist berechtigt, Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag sowie diesen Vertrag insgesamt nach schriftlicher Mitteilung gegenüber dem Geschäftskunden auf mit der Deutschen Post verbundene Unternehmen zu übertragen.

(2) Änderungen der vorliegenden AGB, der Leistungsbeschreibungen oder der Entgelte werden dem Geschäftskunden durch die Deutsche Post in geeigneter Weise mitgeteilt. Soweit nicht ein Widerspruch des Geschäftskunden schriftlich an die unter Ziffer 9 Abs. (4) genannte postalische Adresse innerhalb von vier Wochen nach Zugang bei der Deutschen Post eingeht, gelten diese Änderungen als akzeptiert. Auf diese Folge wird die Deutsche Post den Geschäftskunden bei Mitteilung der Änderungen besonders hinweisen.

(3) Eine etwaige Ungültigkeit einer Bestimmung dieser AGB berührt nicht die Gültigkeit der übrigen Regelungen dieser AGB. Ungültige Bestimmungen sind durch solche zu ersetzen, die der beabsichtigten wirtschaftlichen Bedeutung der ungültigen Bestimmung am nächsten kommen. Gleiches gilt bei Auftreten eventueller ausfüllungsbedürftiger Lücken.

(4) Für gerichtliche Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit der Nutzung der digitalen Dienste oder aus diesen AGB sind die Gerichte in Bonn ausschließlich zuständig.

(5) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Das Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über den internationalen Warenkauf („CISG“) gilt jedoch nicht.

Stand: 28.06.2024

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzhinweise der Deutsche Post AG für Geschäftskunden

III. Datenschutzhinweise für die Nutzung der digitalen und hybriden Dienste (Geschäftskunden)

1. Grundsätzliches zum Schutz der personenbezogenen Daten der Geschäftskunden

(1) Bedeutung von Datenschutz und Datensicherheit
Datenschutz und Datensicherheit haben bei der Deutsche Post AG und ihren Konzerngesellschaften (im Folgenden „Deutsche Post“) eine große Bedeutung. Der Schutz personenbezogener Daten der Geschäftskunden der digitalen und hybriden Dienste ist somit ein besonderes Anliegen. Allgemeine datenschutzrechtliche Informationen, wie die Kontaktdaten des Verantwortlichen, der Datenschutzbeauftragten und der zuständigen Aufsichtsbehörde, sowie Angaben über Ihre betreffenden Rechte finden Sie in den Datenschutzhinweisen auf http://www.deutschepost.de in der Fußzeile unter „Datenschutz“. Zur Erbringung der vertraglich geschuldeten Leistungen und weiterer vom Geschäftskunden in Anspruch genommener Dienste werden personenbezogene Daten der Geschäftskunden im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen erhoben, verarbeitet und genutzt. Dazu erhebt, verarbeitet und nutzt die Deutsche Post personenbezogene Daten der Geschäftskunden im nachfolgend beschriebenen Umfang.

(2) Einbeziehung der Datenschutzhinweise in den Vertrag über die Nutzung der digitalen und hybriden Dienste
Diese Datenschutzhinweise werden bei einer Registrierung und Nutzung der digitalen und hybriden Dienste Bestandteil des zwischen dem Geschäftskunden und der Deutschen Post abgeschlossenen Vertrages. Die hier dargestellten Dienste und Regelungen stellen somit einen wesentlichen Vertragsbestandteil dar. Alle involvierten Mitarbeiter haben jederzeit die Möglichkeit, sich diese Datenschutzhinweise online anzusehen.

2. Umgang mit Bestands-, Ausweis- und Verkehrsdaten

(1) Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung
Die Daten werden vorrangig für die Vertragserfüllung gemäß Art. 6 (1) b) DS-GVO verarbeitet. Für die Nutzung aller Dienste ist eine vollständig abgeschlossene Registrierung erforderlich. Darüber hinaus erfolgt gemäß Art. 6 (1) c) DS-GVO eine Verarbeitung auch zur Erfüllung gesetzlicher Anforderungen aus TKG, GwG und StPO. Schließlich erfolgt auch eine Verarbeitung zu den weiteren nachfolgend gelisteten Zwecken:

- im Rahmen unserer Sicherheitsbelange (z. B. zwecks Aufdeckung von Straftaten),
- zwecks Erstellung von Statistiken,
- zu Zwecken der Qualitätssicherung, Prozessoptimierung und Planungssicherheit,
- um dem Geschäftskunden – sofern zulässig – bedarfsgerechte Werbung zukommen zu lassen. Sofern Daten auf Basis eines berechtigten Interesses für Werbung genutzt werden, kann der Geschäftskunde dem Erhalt jederzeit durch Mitteilung per E-Mail an e-post@deutschepost.de widersprechen.
- als begleitende Kommunikation zum Produkt bzw. Vertrag.

Hieran besteht ein berechtigtes Interesse seitens der Deutschen Post, um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten und um die Produkte und Dienste permanent zu verbessern. Ein überwiegend schutzwürdiges Interesse liegt nach Einschätzung der Deutschen Post nicht vor, da die Verarbeitungen in ihrer Eingriffsintensität so gering wie möglich durchgeführt werden, z. B. mittels Verwendung von Pseudonymen. Die Rechtsgrundlage bildet mithin Art. 6 (1) f) DS-GVO.

(2) Erheben und Speichern von Bestandsdaten von Geschäftskunden
Die Deutsche Post identifiziert die Geschäftskunden zum Zwecke des Vertragsschlusses und der Vertragserfüllung. Um die Geschäftskunden identifizieren zu können, erhebt und speichert die Deutsche Post bei der Registrierung vom Vertretungsberechtigten des Geschäftskunden personenbezogene Daten, insbesondere: ggf. Anrede, Vorname, Nachname, E-Mail-Adresse, Passwort, ggf. die Mobilfunknummer („Bestandsdaten“). Das Passwort ist für andere Geschäftskunden in keinem Fall und zu keinem Zeitpunkt einsehbar.

(3) Speichern und Löschen von Bestandsdaten
Die Deutsche Post speichert Bestandsdaten für die Dauer der Vertragslaufzeit und auch darüber hinaus im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen (insb. HGB). Anschließend werden diese Daten gelöscht.

(4) Erheben und Speichern von Zahlungsdaten
Soweit Geschäftskunden kostenpflichtige Leistungen in Anspruch nehmen, werden ihre für die Zahlung notwendigen Daten ebenfalls erhoben, z. B. Bankverbindungsdaten. Die Deutsche Post speichert die Zahlungsdaten für die Dauer der Vertragslaufzeit und auch darüber hinaus gemäß Absatz (6) im Hinblick auf Zwecke und Zeiträume.

(5) Verarbeitung von hybriden und digitalen Verkehrsdaten
Bei jeder einzelnen Datenverbindung fallen weitere Daten an (Verkehrsdaten). Die Deutsche Post erhebt und verwendet diese Verkehrsdaten, soweit dies zum Zwecke der ordnungsgemäßen Leistungserbringung und Abrechnung erforderlich ist. Die Verkehrsdaten, die nicht länger im Rahmen des Produktionsprozesses benötigt werden (max. 4 Tage), werden unmittelbar nach Produktionsschluss gelöscht.

(6) Vorgehen beim Löschen personenbezogener Daten von Nutzern
Die Deutsche Post weist darauf hin, dass personenbezogene Daten aus dem Geschäftskundenkonto nicht sofort gelöscht, sondern zuerst systemseitig gesperrt und erst mit einer zeitlichen Verzögerung von maximal 28 Tagen in den Sicherungssystemen endgültig gelöscht werden. Abrechnungsrelevante Informationen bleiben zugriffsgeschützt gespeichert für die Dauer von bis zu sechs Monaten, bevor sie gelöscht werden. Protokolldaten, die ausschließlich zu Zwecken der Datenschutzkontrolle oder zur Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Betriebes einer Datenverarbeitungsanlage erhoben werden, werden nach maximal 35 Tagen gelöscht.

3. Datenübermittlung

Die Deutsche Post weist darauf hin, dass sie, soweit dies zur Abwicklung des Vertrags im Zusammenhang mit dem E-POST Brief mit klassischer Zustellung erforderlich ist, die ihr vom Versender übergebenen personenbezogenen Daten der Deutsche Post E-POST Solutions GmbH zur Verfügung stellt.

Eine Weitergabe erfolgt zudem im Rahmen von gesetzlichen Verpflichtungen (z. B. an Ermittlungsbehörden) oder im Rahmen eines berechtigten Interesses zur Durchsetzung von rechtlichen Ansprüchen. Weiterhin sind Leistungen zum Kundenservice oder auch bzgl. der IT an Dienstleister ausgelagert.

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzhinweise der Deutsche Post AG für Geschäftskunden

4. Datensicherheit bei den Systemen der E-POST

Die Sicherheit und die Integrität der Daten sind ein wesentlicher Aspekt beim Aufbau und Betrieb der verwendeten Systemarchitektur. Die E-POST-Systeme werden in DS-GVO-konformen Rechenzentren innerhalb des europäischen Rechtsraums betrieben. Dies gewährleistet ein Höchstmaß an technischer und physischer Sicherheit personenbezogener Daten.

Stand: 15.10.2023

E POST

Gültig ab 01.01.2027

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzhinweise der Deutsche Post AG für Geschäftskunden

I. Allgemeine Geschäftsbedingungen hybride Kommunikation für Geschäftskunden

II. Allgemeine Geschäftsbedingungen digitale Kommunikation für Geschäftskunden

III. Datenschutzhinweise für die Nutzung der digitalen und hybriden Dienste (Geschäftskunden)

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzhinweise der Deutsche Post AG für Geschäftskunden

I. Allgemeine Geschäftsbedingungen hybride Kommunikation für Geschäftskunden

1. Vertragspartner

(1) Vertragspartner des Vertrages über hybride Dienste sind die Deutsche Post E-POST Solutions GmbH („DP EPS“) und der Geschäftskunde als Unternehmer im Sinne von § 14 BGB.

(2) Vertragspartner in Bezug auf Beförderung von Briefsendungen mit Zusatzleistungen gemäß den „Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Deutschen Post AG BRIEF NATIONAL (AGB BRIEF NATIONAL)“ („Zusatzleistungen“) und in Bezug auf die Beförderung von Sendungen ins Ausland gemäß den „Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Deutschen Post AG BRIEF INTERNATIONAL (AGB BRIEF INTERNATIONAL)“ sind dagegen die Deutsche Post AG („Deutsche Post“) und der Geschäftskunde als Unternehmer im Sinne von § 14 BGB.

(3) Unternehmer im Sinne des § 14 BGB sind natürliche oder juristische Personen oder rechtsfähige Personengesellschaften, die bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handeln. Unter den Begriff Unternehmer fallen des Weiteren juristische Personen des öffentlichen Rechts, auch wenn sie ihre Leistungen ausschließlich auf öffentlich-rechtlicher Grundlage erbringen.

2. Vertragsgegenstand

(1) Die DP EPS bietet über das E-POST System auf der Grundlage der vorliegenden „AGB hybride Kommunikation“ verschiedene Kommunikationsdienste im Bereich des Output- und Dokumentenmanagements, z. B. hybrider „E-POST Brief mit klassischer Zustellung“ sowie elektronische Datenverarbeitung, Druckdienste, Kuvertierleistungen, Fulfillment und Zustellung mit Ausnahme der Leistungen nach Absatz (3) („hybride Dienste“) an.

(2) Die Beförderung und Zustellung der durch die DP EPS hergestellten Briefe erfolgt durch die Deutsche Post oder ein mit ihr verbundenes Unternehmen im Auftrag der DP EPS, soweit es sich nicht um Briefsendungen mit Zusatzleistungen, Postzustellungsaufträge und Briefsendungen ins Ausland handelt. Hierfür finden die „Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Deutschen Post AG BRIEF NATIONAL (AGB BRIEF NATIONAL)“ Anwendung. Diese können bei allen Filialen und Agenturen eingesehen werden und stehen unter www.deutschepost.de zum Abruf bereit.

(3) Die Beförderung und Zustellung der Briefsendungen mit Zusatzleistungen sowie die Zusatzleistung selbst, die Beförderung und Zustellung von Postzustellungsaufträgen und elektronischen Postzustellungsaufträgen oder die Beförderung und Zustellung der durch die DP EPS hergestellten Briefe ins Ausland werden dagegen unmittelbar durch die Deutsche Post auf der Grundlage der „Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Deutschen Post AG BRIEF NATIONAL (AGB BRIEF NATIONAL)“ bzw. der „Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Deutschen Post AG BRIEF INTERNATIONAL (AGB BRIEF INTERNATIONAL)“ erbracht.

(4) Nähere Regelungen zum Vertragsgegenstand ergeben sich aus den entsprechenden Leistungsbeschreibungen unter https://www.deutschepost.de/epost/geschaeftskunden/download.

3. Anbindung und Registrierung

(1) Um die hybriden Dienste nutzen zu können, sind die Anbindung an das E-POST System gemäß den Bedingungen der jeweils gewählten Anbindungsvariante (z. B. E-POSTBUSINESS API, E-POST MAILER, E-POSTBUSINESS BOX, docuguide) und die Registrierung erforderlich.

(2) Mit der Registrierung wird für den Geschäftskunden ein E-POST Zugang gemäß der Leistungsbeschreibung der jeweiligen Anbindungsvariante erstellt. Mit der erfolgreichen Überprüfung der Identität des Geschäftskunden wird der E-POST Zugang freigeschaltet.

4. Zustandekommen des Vertrages

(1) Der Vertrag über die Anbindung an das und Nutzung des E-POST Systems kommt entweder mit Unterzeichnung durch alle Vertragsparteien zustande, oder der Geschäftskunde nutzt das Online-Registrierungsformular, mit dem der Geschäftskunde ein Angebot zum Abschluss des Vertrages über die Anbindung an das und Nutzung des E-POST Systems abgibt. Wird dieses Angebot angenommen, wird dem Geschäftskunden – nach erfolgreicher Überprüfung seiner Identität – in der Regel innerhalb von drei Arbeitstagen ein Bestätigungsschreiben an seine E-Mail-Adresse zugestellt. Die hybriden Dienste können dann unmittelbar danach in Anspruch genommen werden, vorbehaltlich einer etwaigen erforderlichen technischen Anbindung.

(2) Die DP EPS ist berechtigt vom Vertrag zurückzutreten, sofern ein wichtiger Grund vorliegt, von dem sie erst nach Vertragsschluss Kenntnis erlangt hat. Als wichtiger Grund gilt insbesondere ein Verstoß gegen die Pflichten und Obliegenheiten des Geschäftskunden gemäß Ziffer 6 (6) und Ziffer 7 (3).

(3) Die Erteilung jedes Auftrags im Einzelfall umfasst die Erbringung sämtlicher Bestandteile der hybriden Dienste bzw. der Zusatzleistungen oder der Beförderung ins Ausland.

5. Entgelte und Abrechnung

(1) Die zu entrichtenden Entgelte ergeben sich aus den jeweiligen aktuellen Preislisten auf der Internetseite https://www.deutschepost.de/epost/geschaeftskunden/download, soweit nicht in einem gesondert abgeschlossenen Vertrag etwas anderes vereinbart ist.

(2) Die Zahlungspflicht entsteht grundsätzlich auch bei befugter oder unbefugter Nutzung der hybriden Dienste durch Dritte. Die DP EPS ergreift allerdings unverzüglich geeignete Gegenmaßnahmen, sobald sie vom Geschäftskunden über eine bevorstehende unbefugte Nutzung informiert wird (vgl. Ziffer 7 Abs. (4)). Eine Zahlungspflicht für Entgelte, die trotz einer solchen Information der DP EPS entstehen, besteht nicht.

(3) Alle vom Geschäftskunden geschuldeten Entgelte sind in Euro zur Zahlung fällig.

(4) Die Entgelte werden mit Zugang der Rechnung fällig und sind auf dem in der Rechnung genannten Konto zu begleichen. Die Rechnungsstellung

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzhinweise der Deutsche Post AG für Geschäftskunden

erfolgt monatlich durch DP EPS als Rechnungssteller. Hinsichtlich der Zusatzleistungen und der Beförderungsleistung ins Ausland erfolgt die Rechnungsstellung im Namen und im Auftrag der Deutsche Post.

(5) Die Rechnungsstellung erfolgt im Wege einer elektronischen Rechnung („E-Rechnung")im Sinne der jeweils geltenden umsatzsteuerrechtlichen Vorschriften. Die Rechnung wird elektronisch in einem rechtlich zulässigen Format (bspw. XRechnung, ZUGFeRD) über einen geeigneten Versandkanal (bspw. E-Mail, PEPPOL, Geschäftskundenportal der Deutschen Post) bereitgestellt, der mit dem Geschäftskunden vereinbart bzw. diesem vorab mitgeteilt wird. Der Geschäftskunde ist verpflichtet, die hierfür erforderlichen elektronischen Empfängerdaten den Rechnungsstellern rechtzeitig mitzuteilen, ebenso Änderungen dieser Daten.

Der Geschäftskunde ist dafür verantwortlich, die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für den Empfang elektronischer Rechnungen zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Verzögerungen beim Rechnungsempfang, die auf eine fehlende oder unzureichende Mitwirkung des Geschäftskunden zurückzuführen sind, hat der Rechnungssteller nicht zu vertreten. Ist der Geschäftskunde für den Rechnungssteller nicht auf elektronischem Wege für die Rechnungsbereitstellung erreichbar, erhält er hilfsweise eine Ausfertigung der Rechnung in Papierform auf dem Postweg, soweit gesetzlich zulässig.

Erzeugung, Bereitstellung und Versand der E-Rechnungen erfolgen durch einen seitens des Rechnungsstellers eingesetzten externen Dienstleister im Rahmen einer Auftragsverarbeitung. Hierfür werden die erforderlichen Abrechnungsdaten der Geschäftskunden an diesen Dienstleister übergeben. Die einschlägigen datenschutzrechtlichen Vorgaben werden selbstverständlich eingehalten

(6) Einwendungen gegen die Höhe der in Rechnung gestellten Vergütung können nur schriftlich erhoben werden. Die Einwendungen sind bei der auf der Rechnung angegebenen Stelle zu erheben. Dies muss innerhalb von acht Wochen nach Rechnungszugang geschehen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung der Einwendungen. Die Unterlassung einer rechtzeitigen Einwendung gilt als Genehmigung. Soweit der Geschäftskunde nur hinsichtlich einzelner Rechnungspositionen Einwendungen erhoben hat, bleibt die Fälligkeit für nicht beanstandete Rechnungspositionen unberührt. Mängelansprüche des Geschäftskunden bleiben hiervon unberührt.

(7) Fremdgebühren für durch den Geschäftskunden zu vertretende Rücklastschriften sind vom Geschäftskunden zu tragen.

(8) Gerät der Geschäftskunde mit der Entgeltzahlung in Verzug, gelten die gesetzlichen Regelungen. Überdies kann die DP EPS die Leistungen gegenüber dem Geschäftskunden einstellen, was den Geschäftskunden nicht von der Verpflichtung zur Zahlung der angefallenen Entgelte entbindet.

6. Pflichten und Obliegenheiten des Geschäftskunden

(1) Der Geschäftskunde hat sämtliche für die Registrierung erforderlichen Daten („Stammdaten") vollständig und wahrheitsgemäß anzugeben und die in der jeweiligen Leistungsbeschreibung geforderten Nachweise zu erbringen. Änderungen der hinterlegten Stammdaten sind unverzüglich anzuzeigen und im System zu hinterlegen. Sämtliche im System hinterlegte Stammdaten gelten gegenüber der DP EPS als zutreffend und richtig.

(2) Der Geschäftskunde ist für die Einrichtung seines Nutzerkontos sowie dessen Administration, insbesondere für die Zulassung und Einrichtung der der für sein Nutzerkonto berechtigten Nutzer, selbst verantwortlich. Es liegt im Verantwortungsbereich des Geschäftskunden zu prüfen, inwiefern die hybriden Dienste geeignet sind, etwaige angestrebte Rechtswirkungen im Verhältnis zwischen ihm und den von ihm adressierten Personen herbeizuführen, insbesondere auch inwiefern und wie, insbesondere unter Beachtung des Hinweises nach Ziffer 9., es zulässig ist, die angebotenen hybriden Dienste in diesem Verhältnis zu nutzen. Die DP EPS leistet diesbezüglich keine Rechtsberatung.

(3) Es liegt im Verantwortungsbereich des Geschäftskunden zu prüfen, ob zur Herstellung der hybriden Dienste der Abschluss einer gesonderten Auftragsverarbeitungsvereinbarung gemäß Art. 28 der DS-GVO mit der DP EPS und/oder der Deutschen Post erforderlich ist.

(4) Der Geschäftskunde bzw. ihm zurechenbare Dritte sind verpflichtet, geeignete Maßnahmen zum Schutz der von ihm zur Nutzung des E-POST Systems eingesetzten Hard- und Software (Kundensystem) zu ergreifen, um die Sicherheit und Integrität der hybriden Dienste zu gewährleisten. Insbesondere ist es dem Geschäftskunden und ihm zurechenbaren Dritten untersagt:

- Funktionen oder Sicherheitskontrollen der hybriden Dienste zu stören, ändern oder deaktivieren;
- Schutzmechanismen für die hybriden Dienste zu entfernen, deaktivieren oder anderweitig zu umgehen;
- wissentlich Viren, Trojaner, Würmer, logische Bomben oder andere technologisch schädliche oder bösartige Materialien einzusetzen oder (verteilte) Denial-of-Service-Angriffe oder andere Hackerangriffe durchzuführen;
- illegal Benutzerdaten wie Benutzernamen, Passwörter, Kreditkarteninformationen zu beschaffen (z.B. im Rahmen von Phishing oder (sozialem) Pharming), zu verwenden oder bereitzustellen;
- die hybriden Dienste so in seine Systeme zu integrieren oder zu betreiben, das Dritte oder automatisierte Systeme/Software direkt oder indirekt ungesicherten oder unbefugten Zugriff auf die hybriden Dienste und/oder die IT-Systeme des Deutsche Post-Konzerns haben können. Insbesondere hat der Geschäftskunde alle erforderlichen technischen und (IT-)Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass Dritte oder automatisierte Systeme und/oder Software auf die hybriden Dienste zugreifen, Inhalte daraus herunterladen, abrufen und/oder zur Verfügung stellen können.

(5) Der Geschäftskunde hat dafür Sorge zu tragen, dass etwaige, für die Nutzung von E-POST erforderliche Zugangsdaten (z. B. Anmeldename, Passwort) gegen die unbefugte Verwendung durch Dritte geschützt sind. Insbesondere hat er sein Passwort geheim zu halten.

Er wird insbesondere dafür sorgen, dass die hybriden Dienste nicht im Namen und im Auftrag anderer nicht registrierter natürlicher oder juristischer Personen genutzt werden. Der Geschäftskunde wird der DP EPS unverzüglich mitteilen, wenn er den Verdacht einer unbefugten Nutzung seines Nutzerkontos hat.

(6) Der Geschäftskunde hat dafür Sorge zu tragen, dass durch die Inanspruchnahme der hybriden Dienste keinerlei Beeinträchtigungen für die DP EPS, für ein mit ihr konzernweit verbundenes Unternehmen oder für sonstige Dritte entstehen. Diese hybriden Dienste dürfen vom Geschäftskunden daher nicht für rechtswidrige Zwecke und/oder missbräuchlich verwendet werden, insbesondere dürfen keine rechts- oder sittenwidrigen Inhalte im System eingestellt werden, und es darf nicht auf solche Inhalte hingewiesen werden. Dazu zählen vor allem Inhalte, die im Sinne der §§ 130, 130a und 131 StGB der Volksverhetzung dienen, zu Straftaten anleiten oder Gewalt verherrlichen oder verharmlosen, sexuell anstößig sind, im Sinne der §§ 184 ff. StGB pornografisch sind, geeignet sind, Kinder oder Jugendliche sittlich schwer zu gefährden oder in ihrem Wohl zu beeinträchtigen, oder das Ansehen der DP EPS bzw. eines mit ihr konzernweit verbundenen Unternehmens schädigen können.

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzhinweise der Deutsche Post AG für Geschäftskunden

(7) Der Geschäftskunde stellt die DP EPS und ihre Erfüllungsgehilfen von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die infolge einer schuldhaften Verletzung der in diesen AGB aufgeführten Pflichten und/oder infolge anderer schuldhafter schädigender Handlungen des Geschäftskunden oder eines ihm zurechenbaren Dritten gegen die DP EPS geltend gemacht werden. Überdies leistet der Geschäftskunde Ersatz für darüber hinausgehende Schäden einschließlich der Kosten für eine eventuell erforderliche Rechtsverfolgung und -verteidigung. Diese Verpflichtung besteht auch bei einem Missbrauch des E-POST Zugangs des Geschäftskunden durch Dritte, soweit den Geschäftskunden dafür ein Verschulden trifft. Die DP EPS wird den Geschäftskunden rechtzeitig über etwaig geltend gemachte Ansprüche Dritter informieren.

(8) Der Geschäftskunde ist verpflichtet, bei seinen Briefsendungen die in Ziffer 2. des „Leitfaden Automationsfähige Briefsendungen“ (abrufbar unter https://www.deutschepost.de/epost/geschaeftskunden/downloads) enthaltenen Vorgaben einzuhalten. Bei nationalen Briefsendungen ist eine vollständige, für die postalische Zustellung nutzbare inländische Anschrift (in Deutschland) für den Empfänger im sichtbaren Bereich des Adressfensters anzugeben, die weder eine Länderangabe noch Länderkennzeichen oder so genannte ISO-Codes enthalten darf.

(9) Der Geschäftskunde ist verpflichtet, eine vollständige, für die postalische Zustellung nutzbare inländische Anschrift (in Deutschland) für den Absender im sichtbaren Bereich des Adressfensters anzugeben. Die Adressangabe hat einzeilig zu sein und die einschlägigen, der jeweiligen Briefschablone (verfügbar unter https://www.deutschepost.de/epost/geschaeftskunden/downloads) zu entnehmenden Vorgaben bzgl. Position und Format zu erfüllen.

7. Rechte und Pflichten der DP EPS

(1) Die DP EPS stellt die hybriden Dienste entsprechend der Leistungsbeschreibung zur Verfügung.

(2) Bei einem schuldhaften Verstoß gegen gesetzliche Vorschriften oder diese AGB durch den Geschäftskunden oder einen ihm zurechenbaren Dritten ist die DP EPS berechtigt, die hybriden Dienste vorübergehend ganz oder teilweise einzustellen oder die Leistung für einzelne Sendungen zu verweigern. Das Recht auf fristlose Kündigung gemäß Ziffer 10 Abs. (3) bleibt hiervon unberührt.

(3) Die DP EPS ist nicht verpflichtet, die ihr zur Herstellung der jeweiligen hybriden Dienste zur Verfügung gestellten Inhalte (Texte, Motive, Grafiken, Logos etc.) auf ihre rechtliche, insbesondere strafrechtliche, wettbewerbs-, marken-, urheber- oder namensrechtliche Zulässigkeit hin zu überprüfen. Der Geschäftskunde bestätigt vielmehr mit seinem Vertragsangebot, dass er über sämtliche für die Nutzung und Verbreitung der Inhalte erforderlichen Urheber-, Nutzungs- und sonstigen Rechte verfügt sowie nicht gegen gesetzliche Vorschriften verstößt. Er weist die Rechte auf Anforderung durch entsprechende Dokumente und Erklärungen gegenüber der DP EPS im Bedarfsfalle nach.

(4) Die DP EPS ist ferner berechtigt, unverzüglich geeignete Gegenmaßnahmen (z. B. die Sperrung des E-POST Zugangs, Aussetzung der vertraglich vereinbarten Leistungen) zu ergreifen, sobald sie vom Geschäftskunden über einen Verdacht der unbefugten Nutzung informiert wurde.

(5) Es bleibt der DP EPS vorbehalten, sämtliche nach diesen Verträgen zu erbringenden Leistungen, soweit gesetzlich zulässig, ganz oder teilweise durch Dritte durchführen zu lassen.

(6) Verweigert die Deutsche Post die Annahme einer Sendung wegen eines Verstoßes gegen die AGB Brief National oder AGB Brief International, wird DP EPS den Geschäftskunden hierüber informieren und die Rücknahme der Sendung im Wege der Abholung anbieten. Nimmt der Geschäftskunde die Sendung nicht innerhalb angemessener Frist zurück, ist die DP EPS zu deren Vernichtung nach den gesetzlichen Vorschriften berechtigt. Die DP EPS darf Sendungen nach den gesetzlichen Vorschriften sofort vernichten, wenn der Geschäftskunde die Rücknahme der Sendung verweigert. Jede Sendung, deren Annahme die DPAG gemäß Satz 1 dieses Absatzes verweigert, auch eine vernichtete Sendung, wird dem Geschäftskunden vollständig berechnet.

8. Haftung

(1) Schadensersatzansprüche des Geschäftskunden in Bezug auf die von der DP EPS erbrachten Leistungen, gleich aus welchem Rechtsgrund, sind ausgeschlossen, es sei denn, die Schadensursache beruht auf einer grob fahrlässigen oder vorsätzlichen Pflichtverletzung oder auf einer zumindest fahrlässigen Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten). Kardinalpflichten sind solche Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertrauen darf, und/oder Pflichten, deren Verletzung die Erreichung des Vertragszwecks gefährdet; im letzteren Fall ist die Haftung der Höhe nach auf den typischerweise vorhersehbaren Schaden begrenzt. Die vorstehende Haftungsbegrenzung gilt nicht für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, bei einer Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz oder soweit die DP EPS ausnahmsweise eine Garantie übernommen hat.

(2) Die DP EPS haftet keinesfalls für Schäden infolge von Leistungsausfällen und Leistungsverzögerungen aufgrund unvorhersehbarer, von der DP EPS, ihren gesetzlichen Vertretern oder ihren Erfüllungsgehilfen nicht zu vertretender Ereignisse (höhere Gewalt). Als Ereignisse höherer Gewalt gelten insbesondere Krieg, Unruhen, Naturgewalten, Feuer, Sabotageangriffe durch Dritte (z. B. mit Computerviren), Stromausfälle, behördliche Anordnungen, rechtmäßige unternehmensinterne Arbeitskampfmaßnahmen und der Ausfall oder eine Leistungsbeschränkung von Kommunikationsnetzen und Gateways anderer Betreiber.

(3) Für die durch die Deutsche Post erbrachten Leistungen gelten die Haftungsregeln der „AGB BRIEF NATIONAL“ sowie der „AGB BRIEF INTERNATIONAL“.

9. Wichtige Hinweise für die Nutzung der hybriden Dienste

(1) Ist der Geschäftskunde ein Berufsgeheimnisträger im Sinne des § 203 StGB und möchte mittels der hybriden Dienste vertrauliche Informationen seiner Vertragspartner, Kunden, Klienten, Patienten etc. (Geheimnisträger) übermitteln, weisen wir darauf hin, dass er die Vorgaben des § 203 StGB zu beachten hat. Ebenso hat der Geschäftskunde die Vorgaben des Art. 9 DSGVO zu beachten. Im Hinblick auf eine Verschlüsselung der Daten, verfügen die hybriden Dienste über eine Transportverschlüsselung, und nicht über eine Ende-zu-Ende Verschlüsselung.

(2) Der Geschäftskunde hat, sofern dies für ihn im Hinblick auf seine Geschäftsaktivitäten relevant ist (z.B. bei einer Konsolidierungstätigkeit im Sinne des PostG), bei der Bundesnetzagentur die entsprechende Lizenz für lizenzpflichtige Postdienstleistungen einzuholen und der DP EPS auf Anfrage vorzulegen.

10. Vertragslaufzeit und Kündigungsmöglichkeiten

(1) Der Vertrag über die Anbindung an das und die Nutzung des E-POST-Systems wird auf unbestimmte Zeit geschlossen, soweit in einem gesondert abgeschlossenen Vertrag nichts anderes vereinbart wurde.

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzhinweise der Deutsche Post AG für Geschäftskunden

(2) Jede Partei ist berechtigt, den Vertrag mit einer Frist von einem Monat zum Ablauf eines jeden Kalendermonats ganz oder teilweise ordentlich zu kündigen. Soweit in einem gesondert abgeschlossenen Vertrag etwas anderes vereinbart wurde, gelten die vorgenannten Kündigungsfristen nachrangig. Die Kündigung von Aufträgen über einzelne Leistungen der jeweiligen Parteien ist ausgeschlossen.

(3) Das Recht der Parteien, den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen, bleibt unberührt. Jede Partei ist – neben den gesetzlichen Bestimmungen – berechtigt die Verträge fristlos zu kündigen, wenn

- die andere Partei den wesentlichen Bestimmungen des Vertrages zuwiderhandelt und nach schriftlicher Abmahnung eine Änderung nicht eintritt;
- über das Vermögen der anderen Partei ein Insolvenzverfahren eröffnet oder ein entsprechender Eröffnungsantrag mangels Masse abgewiesen wird.

(4) Die Kündigung hat in Textform zu erfolgen. Das Kündigungsschreiben ist zu senden an:
Deutsche Post AG
Kundenservice
53247 Bonn
oder
E-Mail-Adresse: e-post@deutschepost.de

11. Schlussbestimmungen

(1) Die DP EPS ist berechtigt, Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag sowie diesen Vertrag insgesamt nach schriftlicher Mitteilung gegenüber dem Geschäftskunden auf mit der DP EPS verbundene Unternehmen zu übertragen.

(2) Änderungen dieser AGB, der Leistungsbeschreibungen oder Entgelte werden dem Geschäftskunden durch die DP EPS in geeigneter Weise mitgeteilt. Soweit nicht ein Widerspruch des Geschäftskunden schriftlich an die unter Ziffer 10 Abs. (4) genannte postalische Adresse innerhalb von vier Wochen nach Zugang bei der DP EPS eingeht, gelten diese Änderungen als akzeptiert. Widerspricht der Geschäftskunde der angekündigten Änderung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen, Leistungsbeschreibung oder Entgelte innerhalb der in der Änderungsmitteilung genannten Frist, endet der Vertrag hinsichtlich der betroffenen Leistung automatisch mit Wirksamwerden der angekündigten Änderung. Der Widerspruch gilt insoweit zugleich als Kündigung des Vertrages durch den Geschäftskunden. Einer gesonderten Kündigungserklärung bedarf es nicht. Auf diese Folge wird die DP EPS den Geschäftskunden bei Mitteilung der Änderungen besonders hinweisen.

(3) Eine etwaige Ungültigkeit einer Bestimmung dieser AGB berührt nicht die Gültigkeit der übrigen Regelungen dieser AGB. Ungültige Bestimmungen sind durch solche zu ersetzen, die der beabsichtigten wirtschaftlichen Bedeutung der ungültigen Bestimmung am nächsten kommen. Gleiches gilt bei Auftreten eventueller ausfüllungsbedürftiger Lücken.

(4) Für gerichtliche Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit der Nutzung der hybriden Dienste oder aus diesen AGB sind die Gerichte in Bonn ausschließlich zuständig.

(5) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Das Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über den internationalen Warenkauf („CISG“) gilt jedoch nicht.

Stand: 15.10.2026

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzhinweise der Deutsche Post AG für Geschäftskunden

II. Allgemeine Geschäftsbedingungen digitale Kommunikation für Geschäftskunden

1. Vertragspartner

(1) Vertragspartner des Vertrages über die digitalen Dienste sind die Deutsche Post AG („Deutsche Post“) und der Geschäftskunde als Unternehmer im Sinne des § 14 BGB.

(2) Unternehmer im Sinne des § 14 BGB sind natürliche oder juristische Personen oder rechtsfähige Personengesellschaften, die bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handeln. Unter den Begriff Unternehmer fallen des Weiteren juristische Personen des öffentlichen Rechts, auch wenn sie ihre Leistungen ausschließlich auf öffentlich-rechtlicher Grundlage erbringen.

2. Vertragsgegenstand

(1) Die Deutsche Post bietet verschiedene digitale Kommunikationsdienste („digitale Dienste“), z. B. den Versand von E-Mails und E-Rechnungen, an. Die vorliegenden „AGB für die digitale Kommunikation“ regeln das Vertragsverhältnis zwischen der Deutschen Post und dem Geschäftskunden in Bezug auf die digitalen Dienste.

(2) Zur genauen Beschreibung und zum Umfang der digitalen Dienste wird auf die jeweiligen gesonderten Leistungsbeschreibung unter https://www.deutschepost.de/epost/geschaeftskunden/download verwiesen.

3. Anbindung, Registrierung und Identifizierung

(1) Um die digitalen Dienste nutzen zu können, sind die Anbindung an das E-POST System gemäß den Bedingungen der jeweils gewählten Anbindungsvariante und die Registrierung erforderlich.

(2) Mit der Registrierung wird für den Geschäftskunden ein E-POST Zugang gemäß der Leistungsbeschreibung der jeweiligen Anbindungsvariante erstellt. Mit der erfolgreichen Überprüfung der Identität des Geschäftskunden wird der E-POST Zugang freigeschaltet.

4. Zustandekommen des Vertrages

(1) Der Vertrag kommt, abhängig vom gewählten Dienst, entweder mit Unterzeichnung durch alle Vertragsparteien zustande, oder der Geschäftskunde nutzt das Online-Registrierungsformular und gibt durch das Absenden des ausgefüllten Online-Registrierungsformulars ein Angebot zum Abschluss des Vertrages ab. Nimmt die Deutsche Post dieses Angebot an, wird dem Geschäftskunden – nach erfolgreicher Überprüfung seiner Identität – in der Regel innerhalb von drei Arbeitstagen ein Begrüßungsschreiben an seine E-Mail-Adresse zugestellt. Der Vertrag ist damit zustande gekommen, und die digitalen Dienste können in Anspruch genommen werden.

(2) Die Deutsche Post ist berechtigt vom Vertrag zurückzutreten, sofern ein wichtiger Grund vorliegt, von dem sie erst nach Vertragsschluss Kenntnis erlangt hat. Als wichtiger Grund gelten insbesondere ein Verstoß gegen gesetzliche Vorschriften im Sinne von Ziffer 7 (3) dieser AGB und ein Verstoß gegen die Pflichten und Obliegenheiten des Geschäftskunden gemäß Ziffer 6 (6).

5. Entgelte und Abrechnung

(1) Die zu entrichtenden Entgelte ergeben sich aus den jeweiligen für den betreffenden digitalen Dienst gültigen Preislisten, soweit nicht in einem gesondert abgeschlossenen Vertrag etwas anderes vereinbart ist.

(2) Die Zahlungspflicht entsteht grundsätzlich auch bei befugter oder unbefugter Nutzung der digitalen Dienste durch Dritte. Die Deutsche Post ergreift allerdings unverzüglich geeignete Gegenmaßnahmen, sobald sie vom Geschäftskunden über eine bevorstehende unbefugte Nutzung informiert wird (vgl. Ziffer 6 Abs. (5)). Eine Zahlungspflicht für Entgelte, die trotz einer solchen Information der Deutschen Post entstehen, besteht nicht.

(3) Alle vom Geschäftskunden geschuldeten Entgelte sind in Euro zur Zahlung fällig.

(4) Die Entgelte werden mit Zugang der Rechnung fällig. Die Rechnungsstellung erfolgt monatlich durch die Deutsche Post E-POST Solutions GmbH („DP EPS“) als Rechnungssteller.

(5) Die Rechnungsstellung erfolgt im Wege einer elektronischen Rechnung („E-Rechnung“)im Sinne der jeweils geltenden umsatzsteuerrechtlichen Vorschriften. Die Rechnung wird elektronisch in einem rechtlich zulässigen Format (bspw. XRechnung, ZUGFeRD) über einen geeigneten Versandkanal (bspw. E-Mail, PEPPOL, Geschäftskundenportal der Deutschen Post) bereitgestellt, der mit dem Geschäftskunden vereinbart bzw. diesem vorab mitgeteilt wird. Der Geschäftskunde ist verpflichtet, die hierfür erforderlichen elektronischen Empfängerdaten den Rechnungsstellern rechtzeitig mitzuteilen, ebenso Änderungen dieser Daten.

Der Geschäftskunde ist dafür verantwortlich, die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für den Empfang elektronischer Rechnungen zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Verzögerungen beim Rechnungsempfang, die auf eine fehlende oder unzureichende Mitwirkung des Geschäftskunden zurückzuführen sind, hat der Rechnungssteller nicht zu vertreten. Ist der Geschäftskunde für den Rechnungssteller nicht auf elektronischem Wege für die Rechnungsbereitstellung erreichbar, erhält er hilfsweise eine Ausfertigung der Rechnung in Papierform, soweit gesetzlich zulässig.

Erzeugung, Bereitstellung und Versand der E-Rechnungen erfolgen durch einen seitens des Rechnungsstellers eingesetzten externen Dienstleister im Rahmen einer Auftragsverarbeitung. Hierfür werden die erforderlichen Abrechnungsdaten der Geschäftskunden an diesen Dienstleister übergeben. Die einschlägigen datenschutzrechtlichen Vorgaben werden selbstverständlich eingehalten.

(6) Einwendungen gegen die Höhe der in Rechnung gestellten Vergütung können nur schriftlich erhoben werden. Die Einwendungen sind bei der auf der Rechnung angegebenen Stelle zu erheben. Dies muss innerhalb von acht Wochen nach Rechnungszugang geschehen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung der Einwendungen. Die Unterlassung einer rechtzeitigen Einwendung gilt als Genehmigung. Soweit der Geschäftskunde nur hinsichtlich einzelner Rechnungspositionen Einwendungen erhoben hat, bleibt die Fälligkeit für nicht beanstandete Rechnungspositionen unberührt. Mängelansprüche des Geschäftskunden bleiben hiervon unberührt.

(7) Fremdgebühren für durch den Geschäftskunden zu vertretende Rücklastschriften sind vom Geschäftskunden zu tragen.

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzhinweise der Deutsche Post AG für Geschäftskunden

(8) Gerät der Geschäftskunde mit der Entgeltzahlung in Verzug, gelten die gesetzlichen Regelungen. Überdies kann die Deutsche Post den Dienst für den Geschäftskunden sperren. Die Sperre entbindet den Geschäftskunden nicht von der Verpflichtung zur Zahlung der angefallenen Entgelte.

6. Pflichten und Obliegenheiten des Geschäftskunden

(1) Der Geschäftskunde hat sämtliche für die Registrierung erforderlichen Daten vollständig und wahrheitsgemäß anzugeben und die in der jeweiligen Leistungsbeschreibung geforderten Nachweise zu erbringen. Änderungen der hinterlegten Stammdaten sind unverzüglich anzuzeigen und im System zu hinterlegen.

(2) Der Geschäftskunde ist für die Einrichtung seines Nutzerkontos sowie dessen Administration, insbesondere für die Zulassung und Einrichtung der für sein Nutzerkonto berechtigten Nutzer, selbst verantwortlich. Es liegt im Verantwortungsbereich des Geschäftskunden zu prüfen, inwiefern die digitalen Dienste geeignet und zulässig sind, etwaige angestrebte Rechtswirkungen im Verhältnis zwischen ihm und den von ihm adressierten Personen herbeizuführen. Die Deutsche Post leistet diesbezüglich keine Rechtsberatung.

(3) Es liegt im Verantwortungsbereich des Geschäftskunden zu prüfen, ob zur Herstellung der digitalen Dienste der Abschluss einer gesonderten Auftragsverarbeitungsvereinbarung gemäß Art. 28 der DS-GVO mit der Deutschen Post erforderlich ist.

(4) Der Geschäftskunde bzw. ihm zurechenbare Dritte sind verpflichtet, geeignete Maßnahmen zum Schutz der von ihm zur Nutzung des E-POST Systems eingesetzten Hard- und Software (Kundensystem) zu ergreifen, um die Sicherheit und Integrität der digitale Dienste zu gewährleisten. Insbesondere ist es dem Geschäftskunden und ihm zurechenbaren Dritten untersagt:

- Funktionen oder Sicherheitskontrollen der digitalen Dienste zu stören, ändern oder deaktivieren;
- Schutzmechanismen für die digitale Dienste zu entfernen, deaktivieren oder anderweitig zu umgehen;
- wissentlich Viren, Trojaner, Würmer, logische Bomben oder andere technologisch schädliche oder bösartige Materialien einzusetzen oder (verteilte) Denial-of-Service-Angriffe oder andere Hackerangriffe durchzuführen;
- illegal Benutzerdaten wie Benutzernamen, Passwörter, Kreditkarteninformationen zu beschaffen (z. B. im Rahmen von Phishing oder (sozialem) Pharming), zu verwenden oder bereitzustellen;
- die digitalen Dienste so in seine Systeme zu integrieren oder zu betreiben, dass Dritte oder automatisierte Systeme/Software direkt oder indirekt ungesicherten oder unbefugten Zugriff auf die digitalen Dienste und/oder die IT-Systeme des Deutsche Post-Konzerns haben können. Insbesondere hat der Geschäftskunde alle erforderlichen technischen und (IT-)Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass Dritte oder automatisierte Systeme und/oder Software auf die digitalen Dienste zugreifen, Inhalte daraus herunterladen, abrufen und/oder zur Verfügung stellen können.

(5) Der Geschäftskunde hat dafür Sorge zu tragen, dass etwaige für die Nutzung von E-POST erforderlichen Zugangsdaten (z. B. Anmeldename, Passwort) gegen die unbefugte Verwendung durch Dritte geschützt sind. Insbesondere hat er sein Passwort geheim zu halten. Er wird insbesondere dafür sorgen, dass die digitalen Dienste nicht im Namen und im Auftrag anderer nicht registrierter natürlicher oder juristischer Personen genutzt werden. Der Geschäftskunde wird der Deutschen Post unverzüglich mitteilen, wenn er den Verdacht einer unbefugten Nutzung seines Nutzerkontos hat.

(6) Der Geschäftskunde hat dafür Sorge zu tragen, dass durch die Inanspruchnahme der digitalen Dienste keinerlei Beeinträchtigungen für die Deutsche Post, für ein mit der Deutschen Post konzernweit verbundenes Unternehmen oder für sonstige Dritte entstehen. Die digitalen Dienste dürfen vom Geschäftskunden daher nicht für rechtswidrige Zwecke und/oder missbräuchlich verwendet werden, insbesondere:

- darf keine rechtswidrige Kontaktaufnahme erfolgen (Nachstellung, Stalking, § 238 Strafgesetzbuch („StGB“));
- dürfen keine rechts- oder sittenwidrigen Inhalte im System eingestellt werden und es darf nicht auf solche Inhalte hingewiesen werden. Dazu zählen vor allem Inhalte, die im Sinne der §§ 130, 130a und 131 StGB der Volksverhetzung dienen, zu Straftaten anleiten oder Gewalt verherrlichen oder verharmlosen, sexuell anstößig sind, im Sinne der §§ 184 ff. StGB pornografisch sind, geeignet sind, Kinder oder Jugendliche sittlich schwer zu gefährden oder in ihrem Wohl zu beeinträchtigen, oder das Ansehen der Deutschen Post schädigen können.

(7) Der Geschäftskunde stellt die Deutsche Post und ihre Erfüllungsgehilfen von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die infolge einer schuldhaften Verletzung der in diesen AGB aufgeführten Pflichten und/oder infolge anderer schuldhafter schädigender Handlungen des Geschäftskunden oder eines ihm zurechenbaren Dritten gegen die Deutsche Post geltend gemacht werden. Überdies leistet der Geschäftskunde Ersatz für darüber hinausgehende Schäden einschließlich der Kosten für eine eventuell erforderliche Rechtsverfolgung und -verteidigung. Diese Verpflichtung besteht auch bei einem Missbrauch des Geschäftskundenkontos durch Dritte, soweit den Geschäftskunden dafür ein Verschulden trifft. Die Deutsche Post wird den Geschäftskunden rechtzeitig über etwaig geltend gemachte Ansprüche Dritter informieren.

7. Rechte und Pflichten der Deutschen Post

(1) Die Deutsche Post stellt die digitalen Dienste entsprechend der jeweiligen Leistungsbeschreibung zur Verfügung.

(2) Bei einem schuldhaften Verstoß gegen gesetzliche Vorschriften oder diese AGB durch einen Geschäftskunden oder einen ihm zurechenbaren Dritten ist die Deutsche Post berechtigt, die digitalen Dienste vorübergehend ganz oder teilweise zu sperren. Das Recht auf fristlose Kündigung gemäß Ziffer 9 Abs. (3) bleibt hiervon unberührt.

(3) Die Deutsche Post trifft keine Pflicht zur Überprüfung der Inhalte und Äußerungen der Geschäftskunden im Rahmen der Nutzung der digitalen Dienste. Wird allerdings der Deutschen Post bekannt, dass hochgeladene, gespeicherte, zum Abruf bereitgehaltene und/oder übermittelte adressierte Nachrichten oder Daten gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen, insbesondere gegen Vorschriften des Urheberrechts, des Strafgesetzbuches und des Jugendschutzes, ist die Deutsche Post berechtigt, diese Daten und Inhalte unverzüglich zu löschen.

(4) Die Deutsche Post ist ferner berechtigt, unverzüglich geeignete Gegenmaßnahmen (z. B. die Sperrung des E-POST Zugangs des Geschäftskunden) zu ergreifen, sobald sie vom Geschäftskunden über einen Verdacht der unbefugten Nutzung informiert wird.

(5) Es bleibt der Deutschen Post vorbehalten, sämtliche nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen ganz oder teilweise durch Dritte durchführen zu lassen.

8. Haftung und Haftungsbeschränkungen der Deutschen Post

(1) Soweit durch die digitalen Dienste Telekommunikationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit im Sinne des Telekommunikationsgesetzes („TKG“) erbracht werden, haftet die Deutsche Post für Vermögensschäden

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzhinweise der Deutsche Post AG für Geschäftskunden

maximal in Höhe der gesetzlichen Haftungsgrenze gemäß § 44a TKG.

(2) Werden keine Telekommunikationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit im Sinne des TKG erbracht, haftet die Deutsche Post bei Vorsatz, grober Fahrlässigkeit oder der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit für alle darauf zurückzuführenden Schäden unbeschränkt.

(3) Verletzt die Deutsche Post durch einfache Fahrlässigkeit eine vertragswesentliche Pflicht (Kardinalpflicht), die nicht im Zusammenhang mit der Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit im Sinne des TKG steht, ist die Haftung für darauf zurückzuführende Sach- und Vermögensschäden auf den vertragstypischen vorhersehbaren Schaden begrenzt. Eine vertragswesentliche Pflicht ist eine solche, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht, deren Verletzung die Erreichung des Vertragszweckes gefährdet und auf deren Einhaltung der Nutzer regelmäßig vertrauen darf. Im Übrigen ist die Haftung der Deutschen Post bei einfacher Fahrlässigkeit ausgeschlossen.

(4) Die Deutsche Post haftet keinesfalls für Schäden infolge von Leistungsausfällen und Leistungsverzögerungen aufgrund unvorhersehbarer, von der Deutschen Post, ihren gesetzlichen Vertretern oder ihren Erfüllungsgehilfen nicht zu vertretender Ereignisse (höhere Gewalt). Als Ereignisse höherer Gewalt gelten insbesondere Krieg, Unruhen, Naturgewalten, Feuer, Sabotageangriffe durch Dritte (z. B. mit Computerviren), Stromausfälle, behördliche Anordnungen, rechtmäßige unternehmensinterne Arbeitskampfmaßnahmen und der Ausfall oder eine Leistungsbeschränkung von Kommunikationsnetzen und Gateways anderer Betreiber.

9. Vertragslaufzeit und Kündigungsmöglichkeiten

(1) Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen, soweit in einem gesondert abgeschlossenen Vertrag nichts anderes vereinbart wurde.

(2) Jede Partei ist berechtigt, den Vertrag mit einer Frist von einem Monat zum Ablauf eines jeden Kalendermonats ganz oder teilweise ordentlich zu kündigen. Soweit in einem gesondert abgeschlossenen Vertrag etwas anderes vereinbart wurde, gelten die vorgenannten Kündigungsfristen nachrangig. Die Kündigung von Aufträgen über einzelne Leistungen der jeweiligen Parteien ist ausgeschlossen.

(3) Das Recht beider Parteien, den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen, bleibt unberührt. Jede Partei ist – neben den gesetzlichen Bestimmungen – berechtigt den Vertrag fristlos zu kündigen, wenn

- die andere Partei den wesentlichen Bestimmungen des Vertrages zuwiderhandelt und nach schriftlicher Abmahnung eine Änderung nicht eintritt;
- über das Vermögen der anderen Partei ein Insolvenzverfahren eröffnet oder ein entsprechender Eröffnungsantrag mangels Masse abgewiesen wird.

(4) Die Kündigung hat in Textform zu erfolgen. Das Kündigungsschreiben ist zu senden an:
Deutsche Post AG
Kundenservice
53247 Bonn
oder
E-Mail-Adresse: e-post@deutschepost.de

10. Schlussbestimmungen

(1) Die Deutsche Post ist berechtigt, Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag sowie diesen Vertrag insgesamt nach schriftlicher Mitteilung gegenüber dem Geschäftskunden auf mit der Deutschen Post verbundene Unternehmen zu übertragen.

(2) Änderungen der vorliegenden AGB, der Leistungsbeschreibungen oder der Entgelte werden dem Geschäftskunden durch die Deutsche Post in geeigneter Weise mitgeteilt. Soweit nicht ein Widerspruch des Geschäftskunden schriftlich an die unter Ziffer 9 Abs. (4) genannte postalische Adresse innerhalb von vier Wochen nach Zugang bei der Deutschen Post eingeht, gelten diese Änderungen als akzeptiert. Widerspricht der Geschäftskunde der angekündigten Änderung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen, Leistungsbeschreibung oder Entgelte innerhalb der in der Änderungsmitteilung genannten Frist, endet der Vertrag hinsichtlich der betroffenen Leistung automatisch mit Wirksamwerden der angekündigten Änderung. Der Widerspruch gilt insoweit zugleich als Kündigung des Vertrages durch den Geschäftskunden. Einer gesonderten Kündigungserklärung bedarf es nicht. Auf diese Folge wird die Deutsche Post den Geschäftskunden bei Mitteilung der Änderungen besonders hinweisen.

(3) Eine etwaige Ungültigkeit einer Bestimmung dieser AGB berührt nicht die Gültigkeit der übrigen Regelungen dieser AGB. Ungültige Bestimmungen sind durch solche zu ersetzen, die der beabsichtigten wirtschaftlichen Bedeutung der ungültigen Bestimmung am nächsten kommen. Gleiches gilt bei Auftreten eventueller ausfüllungsbedürftiger Lücken.

(4) Für gerichtliche Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit der Nutzung der digitalen Dienste oder aus diesen AGB sind die Gerichte in Bonn ausschließlich zuständig.

(5) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Das Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über den internationalen Warenkauf („CISG“) gilt jedoch nicht.

Stand: 15.10.2026

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzhinweise der Deutsche Post AG für Geschäftskunden

III. Datenschutzhinweise für die Nutzung der digitalen und hybriden Dienste (Geschäftskunden)

1. Grundsätzliches zum Schutz der personenbezogenen Daten der Geschäftskunden

(1) Bedeutung von Datenschutz und Datensicherheit
Datenschutz und Datensicherheit haben bei der Deutsche Post AG und ihren Konzerngesellschaften (im Folgenden „Deutsche Post") eine große Bedeutung. Der Schutz personenbezogener Daten der Geschäftskunden der digitalen und hybriden Dienste ist somit ein besonderes Anliegen. Allgemeine datenschutzrechtliche Informationen, wie die Kontaktdaten des Verantwortlichen, der Datenschutzbeauftragten und der zuständigen Aufsichtsbehörde, sowie Angaben über Ihre betreffenden Rechte finden Sie in den Datenschutzhinweisen auf http://www.deutschepost.de in der Fußzeile unter „Datenschutz". Zur Erbringung der vertraglich geschuldeten Leistungen und weiterer vom Geschäftskunden in Anspruch genommener Dienste werden personenbezogene Daten der Geschäftskunden im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen erhoben, verarbeitet und genutzt. Dazu erhebt, verarbeitet und nutzt die Deutsche Post personenbezogene Daten der Geschäftskunden im nachfolgend beschriebenen Umfang.

(2) Einbeziehung der Datenschutzhinweise in den Vertrag über die Nutzung der digitalen und hybriden Dienste
Diese Datenschutzhinweise werden bei einer Registrierung und Nutzung der digitalen und hybriden Dienste Bestandteil des zwischen dem Geschäftskunden und der Deutschen Post abgeschlossenen Vertrages. Die hier dargestellten Dienste und Regelungen stellen somit einen wesentlichen Vertragsbestandteil dar. Alle involvierten Mitarbeiter haben jederzeit die Möglichkeit, sich diese Datenschutzhinweise online anzusehen.

2. Umgang mit Bestands-, Ausweis- und Verkehrsdaten

(1) Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung
Die Daten werden vorrangig für die Vertragserfüllung gemäß Art. 6 (1) b) DS-GVO verarbeitet. Für die Nutzung aller Dienste ist eine vollständig abgeschlossene Registrierung erforderlich. Darüber hinaus erfolgt gemäß Art. 6 (1) c) DS-GVO eine Verarbeitung auch zur Erfüllung gesetzlicher Anforderungen aus TKG, GwG und StPO. Schließlich erfolgt auch eine Verarbeitung zu den weiteren nachfolgend gelisteten Zwecken:

- im Rahmen unserer Sicherheitsbelange (z. B. zwecks Aufdeckung von Straftaten),
- zwecks Erstellung von Statistiken,
- zu Zwecken der Qualitätssicherung, Prozessoptimierung und Planungssicherheit,
- um dem Geschäftskunden – sofern zulässig – bedarfsgerechte Werbung zukommen zu lassen. Sofern Daten auf Basis eines berechtigten Interesses für Werbung genutzt werden, kann der Geschäftskunde dem Erhalt jederzeit durch Mitteilung per E-Mail an e-post@deutschepost.de widersprechen.
- als begleitende Kommunikation zum Produkt bzw. Vertrag.

Hieran besteht ein berechtigtes Interesse seitens der Deutschen Post, um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten und um die Produkte und Dienste permanent zu verbessern. Ein überwiegend schutzwürdiges Interesse liegt nach Einschätzung der Deutschen Post nicht vor, da die Verarbeitungen in ihrer Eingriffsintensität so gering wie möglich durchgeführt werden, z. B. mittels Verwendung von Pseudonymen. Die Rechtsgrundlage bildet mithin Art. 6 (1) f) DS-GVO.

(2) Erheben und Speichern von Bestandsdaten von Geschäftskunden
Die Deutsche Post identifiziert die Geschäftskunden zum Zwecke des Vertragsschlusses und der Vertragserfüllung. Um die Geschäftskunden identifizieren zu können, erhebt und speichert die Deutsche Post bei der Registrierung vom Vertretungsberechtigten des Geschäftskunden personenbezogene Daten, insbesondere: ggf. Anrede, Vorname, Nachname, E-Mail-Adresse, Passwort, ggf. die Mobilfunknummer („Bestandsdaten"). Das Passwort ist für andere Geschäftskunden in keinem Fall und zu keinem Zeitpunkt einsehbar.

(3) Speichern und Löschen von Bestandsdaten
Die Deutsche Post speichert Bestandsdaten für die Dauer der Vertragslaufzeit und auch darüber hinaus im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen (insb. HGB). Anschließend werden diese Daten gelöscht.

(4) Erheben und Speichern von Zahlungsdaten
Soweit Geschäftskunden kostenpflichtige Leistungen in Anspruch nehmen, werden ihre für die Zahlung notwendigen Daten ebenfalls erhoben, z. B. Bankverbindungsdaten. Die Deutsche Post speichert die Zahlungsdaten für die Dauer der Vertragslaufzeit und auch darüber hinaus gemäß Absatz (6) im Hinblick auf Zwecke und Zeiträume.

(5) Verarbeitung von hybriden und digitalen Verkehrsdaten
Bei jeder einzelnen Datenverbindung fallen weitere Daten an (Verkehrsdaten). Die Deutsche Post erhebt und verwendet diese Verkehrsdaten, soweit dies zum Zwecke der ordnungsgemäßen Leistungserbringung und Abrechnung erforderlich ist. Die Verkehrsdaten, die nicht länger im Rahmen des Produktionsprozesses benötigt werden (max. 4 Tage), werden unmittelbar nach Produktionsschluss gelöscht.

(6) Vorgehen beim Löschen personenbezogener Daten von Nutzern
Die Deutsche Post weist darauf hin, dass personenbezogene Daten aus dem Geschäftskundenkonto nicht sofort gelöscht, sondern zuerst systemseitig gesperrt und erst mit einer zeitlichen Verzögerung von maximal 28 Tagen in den Sicherungssystemen endgültig gelöscht werden. Abrechnungsrelevante Informationen bleiben zugriffsgeschützt gespeichert für die Dauer von bis zu sechs Monaten, bevor sie gelöscht werden. Protokolldaten, die ausschließlich zu Zwecken der Datenschutzkontrolle oder zur Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Betriebes einer Datenverarbeitungsanlage erhoben werden, werden nach maximal 35 Tagen gelöscht.

3. Datenübermittlung

Die Deutsche Post weist darauf hin, dass sie, soweit dies zur Abwicklung des Vertrags im Zusammenhang mit dem E-POST Brief mit klassischer Zustellung erforderlich ist, die ihr vom Versender übergebenen personenbezogenen Daten der Deutsche Post E-POST Solutions GmbH zur Verfügung stellt.

Eine Weitergabe erfolgt zudem im Rahmen von gesetzlichen Verpflichtungen (z. B. an Ermittlungsbehörden) oder im Rahmen eines berechtigten Interesses zur Durchsetzung von rechtlichen Ansprüchen. Weiterhin sind Leistungen zum Kundenservice, oder auch bzgl. der IT an Dienstleister ausgelagert. Des Weiteren erfolgt die Weitergabe der für die elektronische Rechnungsstellung erforderlichen Daten an einen hierfür eingesetzten externen Dienstleister, namentlich die neeyo Deutschland GmbH, Stangenreiter Str. 2, 83131 Nußdorf am Inn.

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzhinweise der Deutsche Post AG für Geschäftskunden

4. Datensicherheit bei den Systemen der E-POST

Die Sicherheit und die Integrität der Daten sind ein wesentlicher Aspekt beim Aufbau und Betrieb der verwendeten Systemarchitektur. Die E-POST-Systeme werden in DS-GVO-konformen Rechenzentren innerhalb des europäischen Rechtsraums betrieben. Dies gewährleistet ein Höchstmaß an technischer und physischer Sicherheit personenbezogener Daten.

Stand: 15.10.2026